

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Feiertage) Die Neue Welt: Ernst Wilmanns, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Badian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Stankusch & Co., Magdeburg, Geschäftsstelle: Jakobstraße 40, Fernsprecher 1587. Redaktion und Druckerel: Georg Wilmannsstraße 8. Fernsprecher 681.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Frachtporto) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. — Einzelhefte 3 Pf. — In Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.00 Mk. — In der Expedition und den Postämtern 3 Pf. monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 Pf. — Einzelhefte 6 Pf., Sonntags- und Feiertage 10 Pf. — Infektionsgebühr: die sechsseitige Zeitzeile 15 Pf., anwärts 25 Pf., im Restamtel 60 Pf. — Post-Zeitungsnummer 990

Mr. 1.

Magdeburg, Mittwoch den 3. Januar 1906.

17. Jahrgang

Löbtauer Urteile.

Aus Dresden wird der Magdeburger „Volkstimme“ geschrieben:

Nachdem der Säbel gewütet hat, tritt die Justiz in Tätigkeit. Mit furchtbaren Strafen will man aufeinander der Arbeiterschaft jedes weitere Gelüst nach Strafen-Demonstrationen verleiden. Urteile werden gefällt, die lebhaft an das schreckliche Urteil wider die Löbtauer Bauarbeiter erinnern. Und dabei handelt es sich bis jetzt nur um Vorspiele. Das eigentliche Trauerspiel wird erst in Szene gehen, wenn die „Volkrichter“-urteile, wenn das Schwurgericht zusammentritt, dem eine ganze Anzahl der Verhafteten überwiesen ist! Die Geschwornen sind für ihre Aufgabe gut ausgewählt — die Liste zeigt acht Kaufleute, sechs Fabrikbesitzer bzw. Direktoren, drei Gutsbesitzer, zwei Mentner, zwei Kunstmalere, je einen Rittergutsbesitzer, Baumeister, Apotheker, Ortsrichter, Oberschlichter, Zahnarzt, Major a. D., Buchführer, Dr. phil. und Kürschnermeister; Arbeiter sind nicht darunter, trotz der ministeriellen Verordnung, die die Berücksichtigung der Arbeiterschaft bei der Auswahl der Geschwornen empfahl!

Bis jetzt sind vier Verurteilungen zu verzeichnen. Die erste lautete auf 3 Wochen Haft — der Angeklagte, der den Versammlungen nicht beigewohnt hatte, mischte sich später unter die Demonstranten und spezialisierte in betrunkenem Zustande in ziemlich harmloser Weise. Er ist weder gewerkschaftlich noch politisch organisiert. Viel schlimmer es dem Zimmerer Wolf, der am 3. Januar bei den Nachmittags-Demonstrationen in einer den Kl...

Die drei Verurteilten sind alles andre, nur keine Klassenbewußte Arbeiter. Die beiden älteren, namentlich aber der letzte, sind sogar ziemlich unsympathische Gesellen, die die Bewegung höchstens schädigen konnten. In Schreiber haben wir den jugendlichen Hitzkopf vor uns, der in der Schule der Organisation noch nicht Disziplin und klare Erkenntnis lernen konnte. Die geniale sächsische Vereins- und Versammlungs-gesetzgebung weiß ja die Jugendlichen bis zu 21 Jahren aus allen politischen Vereinen und Versammlungen hinaus. Schreiber hatte gerade das Alter der politischen Unmündigkeit hinter sich.

Sowenig nun die Sozialdemokratie mit den Taten oder Nutzen der Verurteilten einverstanden sein kann, ebensowenig kann sie sich verhehlen, daß die drei ersten Opfer ihre Unbesonnenheiten so hart büßen müssen, weil ihre Straftaten mit den Demonstrationen zusammenhängen oder, wie beim dritten, wenigstens zeitlich mit ihnen zusammenfallen. Die Anschläge des Polizeipräsidenten, der so eine Art kleinen Belagerungszustand verhängte, und diese Urteile sind aus einem Geiste erkossen. Die Abschreckungstheorie wird in die Praxis überführt. Die falsche Auffassung der regierenden Kreise, die natürlich auch die der Richter, als Angehörige der konservativen höheren Beamtenschaft, ist, daß die Demonstranten allerlei finstere Pläne auf blutige Gewalttaten gehabt hätten, läßt unbesonnene Schreier, die wegen groben Unfugs und allenfalls wegen Aufkaufs zu bestrafen wären, als gefährliche Aufwühler erscheinen. Auf wie schwachen Füßen diese Urteile stehen, das läßt deutlich die Verhandlung des ersten Falles erkennen. Die lärmende Menge, unter der sich der Angeklagte Wolf zeitweise befand, hat keinerlei Gewalttat vollführt, wollte auch offenbar keine befehlen, sondern hat

abgeordnete Dr. S. Vöttger, in wahrhaft drohender Weise. Im „Tag“ vom 30. Dezember leitartikelte er in „Das preussische Wahlrecht und die Sozialdemokratie“, indem er in herabwürdigender Weise über die Ungerechtigkeit des preussischen Dreiklassenwahlrechts hin und her jammert. „Wenn ich etwas“, so eifert er, „die politischen und gefährlichen Theorien des geschichtlichen Materialismus und des modernen Kampfs wirklich unterstülzt, so ist es eben das Wahlrecht zum preussischen Abgeordnetenhaus.“ Abgesehen nun davon, daß wir die Theorien, die Herr Vöttger für sich und gefährlich hält, für sehr richtig und nützlich halten, können wir ihm darin nur zustimmen, daß es in der ganzen Welt keine trassere und aufreizendere Illustration der bestehenden Klassen-gegensätze gibt, als sie das Dreiklassenwahlrecht bietet. Wir begreifen es vom Standpunkt eines liberalen Politikers aus, wenn Herr Vöttger die süddeutschen Staaten höchlich dafür belobt, daß sie sich dieses „Ferments der Revolution“ zeit-zeitig entledigt hätten.

Aus diesen Ausführungen des Dr. Vöttger scheint nun — so gewiß zweimal zwei vier ist — hervorzugehen, daß der Liberalismus für die Abschaffung der Klassenwahlrechte im Wahlrecht eintreten müsse. Aber für den Verstand des jungliberalen Politikers ist diese Schlussfolgerung unsagbar; da er knapp vor ihr angelangt ist, beginnt er sich plötzlich im Kreise zu drehen und alle zu orakeln:

Die Sozialdemokratie wird zum allerding nicht verfehlen, auch dieses politische Problem zu ruinieren, indem sie eine groteske Unmöglichkeit, nämlich die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf den preussischen Abgeordnetenhaus, indem sie die Bajonette und die Gewehre der Waffe zur Lösung des Problems

schuldig und verhängte über ihn

ein Jahr zwei Monate Gefängnis.

Noch schlimmer ging es dem 21-jährigen Arbeiter Schreiber, der, wegen Aufstoffs, Aufforderung zu Gewalttätigkeiten, Beleidigung und verbotenen Auftrags angeklagt, am Sonnabend vor der Strafkammer. Er soll in der Nacht zum 17. Dezember bei einer Demonstration vor der Villa Mehlisch die Volksmasse zum Widerstand gegen die Polizei aufgefordert haben, durch die: „Stecht die Hunde nieder, die Messerstecher, die großen Jungen, die Schweinehunde!“ und dergleichen. Schreiber, der an den Versammlungen auch nicht teilgenommen, sondern an jenem Abend mit einem Kollegen mehrere Wirtschaften besucht hat, bestritt den größten Teil der Anklage. Er sei zufällig über den Altmarkt gekommen und habe sich dem Zuge der Demonstranten angeschlossen, weil er Bekannte darin gesehen. Auf der Wienerstraße habe er lediglich in der Erregung darüber, daß ein Gendarm einen Mann mit der flachen Klinge über den Rücken schlug, gerufen: „Die Saubande!“ Weitere Rufe habe er nicht ausgestoßen. Den Dolch, den man nach der Verhaftung bei ihm gefunden, habe er mit nach der Arbeitsstelle genommen, um ihn verwenden zu lassen, und da er selbstigen Tags das Arbeitsverhältnis löste, hatte er ihn unverrichteter Sache wieder mitgenommen und absichtslos in der Tasche gelassen.

Die Gendarmen, die den Vorgang auf der Wienerstraße nicht gefährlich genug schildern konnten und erklärten, man habe unter den Beamten, nachdem die Schüsse aus der Menge gefallen seien, zunächst darauf gedacht, wieder zu schießen, behaupteten indessen, den Angeklagten bestimmt als den Mörder wiederzuerkennen, der alle die inkriminierten Rufe ausgestoßen habe. Der Staatsanwalt erklärte daraufhin, daß der Angeklagte ein gefährlichster Art und forderte das Gericht erkannte, nachdem der Angeklagte sich nicht weigerte, daß er keine böse Absicht gehabt habe.

ein Jahr Gefängnis

Der dritte Verurteilte ist ein 45-jähriger Bauarbeiter. Er hat sich nicht an den eigentlichen Demonstrationen, sondern an den planlosen Zusammenrottungen beteiligt, die am 17. Dezember in später Nachtstunde auf dem Postplatz stattfanden. Er soll auch durch Rufe zu Gewalttätigkeiten aufgefordert haben. Er selbst weiß es nicht mehr, er war so betrunken, daß man ihm vorher in einem Lokal schon die Verurteilung von Getränken verweigert hat. Er hat sich nicht weigert, die Dinge kummert er sich nicht um.

geworfen worden, wobei nur strittig ist, ob das vor oder nach dem Einhaufen erfolgte. Aber hier nigtens eine Andeutung von Gewalttätigkeiten. Freilich nur eine Andeutung. Das Gros, die überde Mehrheit der Menge, und die sollte doch für ihre Verherrlichung allein entscheidend sein, hat sich durchaus verhalten! Die Annahme von Aufruhr steht auf schwachen Füßen, ganz besonders frappierend aber im ersten Falle, wo alle Merkmale des Aufruhrs

Richter haben angenommen, daß die Absicht, zu Unruhen anzureizen, vorhanden gewesen sei. Sie äußern, damit den Tatbestand richtig gewürdigt und die Urteile gefällt zu haben. Die Arbeiterschaft aber will sie geneigt ist, sich mit den drei Verurteilten zu vergleichen, in den Urteilen objektive Fehlurteile, in den Opfer einer irgehenden Justiz sehen. Wie in dem ersten des Löbtauer Prozesses muß sie in den Urteilen Leute erblicken, die weniger ihre eigenen Urteile, als die selbstbewußte Arbeiterbewegung. Und deshalb werden diese Urteile eine Warnung werden, neues Blut in die Blut der Wahl-gießen!

Uebersicht.

Magdeburg, den 2. Januar 1906.

das allgemeine Wahlrecht.

England radikale bürgerliche Parteien bekämpfen, indem sie sich die Forderungen des Arbeiterstandes die bürgerlichen Parteien gegenüber genug, die Vertretung aller Klassenwünsche ausschließlich der Arbeiter. Früher forateten einige ungenügend, daß sich aus dem Schoße der radikalen bürgerlichen Reformbewegung der jungliberalen Nationalliberalismus entwickeln anzuzeigen. Die Sache besser, indem sie sich über sehr getäuscht benahm es sei nun einmal eine soziale Bürgerthums, daß die Arbeiter einen Grad dümmer sei als die anderen. Beobachtung bestätigt, daß die Arbeiter der Reichstags-

schosse befehligen. Wenn ein Arbeiter in der Arbeiter-Schlüssel gelangt, so entspricht er der Arbeiterbewegung seiner allgemeinen. Wenn ein Arbeiter in der Arbeiter-Schlüssel gelangt, so entspricht er der Arbeiterbewegung seiner allgemeinen. Wenn ein Arbeiter in der Arbeiter-Schlüssel gelangt, so entspricht er der Arbeiterbewegung seiner allgemeinen.

Die Wähler von Gesehminde werden hoffentlich einsehen, daß es hoch an der Zeit ist, ihren Abgeordneten politisch zu entmündigen, ehe seine Konstitution noch größeres Unheil anrichtet.

Junker, Pfaff und Lehrer.

Der mecklenburgische Landtag und die obotritische Regierung haben wieder einmal offenbart, welcher Wertschätzung sich die Pfarrer im Gegen zu den Lehrern bei ihnen erheben. Man weiß ja, daß die Regierenden sich mit Vorliebe auf die Wäffchenträge stützen, indes haben die mecklenburgischen Machthaber nun die größte Niedertracht darauf, weil Vertreter der „Landeskirche“ noch heute predigen, daß „in dem Konstitutionalismus der Staat des Antichristen enthalten“ sei. So etwas fällt natürlich der Regierung und den Junkern in Mecklenburg, wo man immer von dem modernen Begriff „Konstitutionalismus“ keine Rede ist, sondern wo man sich nur ein Pferd zu kaufen braucht, um Kraft dieses Begriffs als „Landtag“ abgeordneter an der Besetzung beteiligen zu können. (Die Rittergutsbesitzer bilden den einen, die 48 die Städte vertretenden Bürgermeister bilden den anderen „Stand“ des Landtags.) Das Bestreben der Herrschenden im Obotritenlande, die Pfarrer bei gutem Gehälter in der Dämmerung zu halten, ist also begreiflich. Wenn man nur bei diesem Lärm aber auch gar keinen Anstand, finanzielle Mittel zu verwenden, die nach ihrem Ursprung und eigentlichen Bestimmung ganz anderen Zwecken dienen. Sind doch den Priestern zur Aufrechterhaltung ausgedient die Gelder, die im wahren Sinne des Wortes das Land mit seinem Blute hat beschaffen müssen. Wir meinen die französischen Kriegskostenentwässerungen, deren Uebertrag der Priesterschaft zur Verfügung gestellt wurde, die die Konstitution für die Stolzgebühren, die den Pfarrer verloren gegangen seien.

Als neuesten Beweis ihrer Zuneigung hatte die mecklenburgische Regierung dem Landtag die Vorlage zugehen lassen, nach der das Gehalt der Pfarrer schließlich auf mindestens 5000 Mk. zu erhöhen werden sollte. Dabei sollten die Pastoren (so hoch und der Preis recht umfangreiche Pastorengärten nicht gerechnet werden! Das mecklenburgische Volk hat die Uebertragung dieser Regierungsvorlage schon im voraus-

147 000 Mk. und im Beharrungszustande gar 250 000 Mk. mehr jährlich für die Pastoren aufbringen müssen!

Die Regierungsvorlage hat aber noch eine andre, höchst beachtenswerte Seite. Es ist nämlich mecklenburgisches Staatsrecht, daß der jeweilige Großherzog selbst für die ausreichende Besoldung der Pastoren zu sorgen hat. Bei der „Säkularisation“ des Kirchengutes, d. h. bei der Vestnahme der katholischen Klöster unter der Maske der lutherischen Reformation, hat der „Landesherr“ jene Verpflichtung ausdrücklich anerkannt für sich und seine Berufsnachfolger. Der gegenwärtige Großherzog hat bisher alljährlich 74 000 Mk. für die Pastorenentlohnungen als Beitrag stiften müssen. Nun will die Regierung nicht nur die Lohnaufbesserung der Landessteuerkasse aufbürden, sie hat vielmehr noch den Extraantrag gestellt, ihm auch die jährliche Zahlung der 74 000 Mk. ganz zu erlassen!

Den letzteren Antrag hat der Landtag nun freilich glatt abgelehnt, doch erklärte er gleichzeitig, daß er eine „Notlage“ der Priesterschaft anerkenne. Die „Ritterschaft“ des Landtags, die Gutsherren, lehnten es ab, zur Deckung des Geldbedarfs die schon jetzt mit über 5000 Mk. dotierten Pfarren heranzuziehen. Die „Landtschaft“, das sind die Bürgermeister, hielt diesen Antrag aber aufrecht; sie wollte „nur“ den Rest auf die Landessteuerkasse übernehmen. Weil nun die beiden „Stände“ sich nicht einigten, so galt die Regierungsvorlage für abgelehnt.

Doch solch ein Fall will in Mecklenburg nichts besagen. Bekanntlich der Großherzog wirklich einmal nicht gleich von vornherein seinen Willen von seinen Lieben, Getreuen, Ehrenleuten, so wie der holt er nach obotritischer Tradition seine Vorlage so lange, bis sie der Landtag doch schluckt! Genau so geht es jetzt mit der Vorlage bezüglich der Pastoren-Lohnaufgabe. Das Verlangen des Großherzogs wurde dem Landtag zum zweitenmal vorgelegt! Wieder herrschte aber zwischen „Ritterschaft“ und „Landtschaft“ eine Unstimmigkeit und wieder war deshalb die Regierungsvorlage abgelehnt. Trotzdem erklärte aber jetzt die Regierung, sie werde ihre Vorlage dem nächsten Landtag abermals unterbreiten!

Die Hartnäckigkeit, mit der die Regierung die Interessen der Priester vertritt, läßt jedoch merklich nach, wenn es sich um die Gehaltserhöhung der Lehrer handelt. Das Los eines mecklenburgischen Volksschullehrers ist alles andre als beneidenswert. Doch geht es den Lehrern im Domanium, dem Landgebiet des Großherzogs — wo der Landtag absolut nichts zu sagen hat — doch noch ein wenig besser als im Gebiet der „Ritter“. Nun hatte der Großherzog dem Landtag auch eine Vorlage zugehen lassen, die eine wenn auch sehr bescheidene Gehaltserhöhung für die Lehrer im „Ritterschaftlichen“ vorsah. Es war selbstverständlich, daß die „Ritter“ sich darüber entrüsteten. Den Schulmeistern mehr Lohn zahlen — eine solche Zumutung verlangt mecklenburgische Agrarier in Majerei. Da würden

Begehrlichkeit darf nicht nach Landtagsherrn, und so lehnten die Lehrer ab. Begründung wurde in ihrem Stande gemäß die Unzufriedenheit aber, die in der Vorlage vorhanden sei, würde ja doch nicht durch eine Gehaltserhöhung abgestellt werden, wie die Erfahrung zeigt, vielmehr würde die Unzufriedenheit der Lehrer durch die Bewilligung der Lohnerhöhung nur neue Nahrung bekommen! Die Lehrerflucht aus Mecklenburg würde künftig auch schon so nachlassen, denn der Staat Hamburg errichtete ein neues Lehrerseminar, er werde also künftig den Zugang mecklenburgischer Lehrer zurückweisen!

Und die Regierung? Sie wiederholte doch wohl die Lehrergehaltsvorlage ebenso schnell wie ihre die Priester betreffende Vorlage? Ich lache. Die Regierung brachte es gerade noch zu dem Ersuchen, der Landtag möge doch eine Kommission niedersetzen, die mit der Regierung zusammen für den nächstjährigen Landtag die Regierungsvorlage umgestalten solle!

Pfaffe und Lehrer müssen eben verschieden gehalten werden.

Die mecklenburgische Lehrerschaft ist natürlich nicht erbaut von dem Beschluß des Landtags. Der „Pädagogische Verein“ in Rostock hat eine Erklärung veröffentlicht, in der er sagt:

„... Reicht den Herren der Ritterschaft“ — diesen dauernd nach Entschädigung schreienden notleidenden Agrariern — schlecht an, den Lehrern Unzufriedenheit vorzumischen... Wenn die Lehrer nicht besser besoldet werden, so haben wir die ernste Pflicht, die eifrigste Agitation weiter zu betreiben und solche politischen Richtungen durch Wort und Tat energisch zu unterstützen, welche diese reaktionäre, bildungs- und volksfeindliche Ständevertretung beseitigen wollen.“

Es hat schon eine außerordentliche Generalversammlung mecklenburgischer „Landeslehrervereine“ stattgefunden, die nach einer lebhaften Debatte eine Resolution gegen die „Ritter“ annahm. Allerdings hätten — und das zeigt uns — die mecklenburgische Lehrerschaft das ABC der Politik nicht begriffen hat — die Lehrer durch ihren Vorstoß ihren zu jener Generalversammlung verpfändeten und unter der Presse hinausweisen lassen! Wie sie ohne die sträfliche Unterstützung der Öffentlichkeit zu ihrem Vorhaben kommen wollten, ist ihr Geheimnis. —

namentlich der romanischen Kantone, bejurworteten in der Weise wie die französischen Antimilitaristen die Gehorsamsverweigerung usw. Auf dem letzten Parteitag wurde eine besondere Kommission beauftragt, sich mit dieser Frage zu befassen und der Partei Vorschläge zu unterbreiten.

Das ist nunmehr geschehen; Kommission und Parteivorstand haben sich auf die folgenden vier Thesen geeinigt, die dem für den 10. und 11. Februar in Paris einberufenen außerordentlichen Parteitag, dessen einziger Verhandlungspunkt bildet, vorgelegt werden:

1. Die sozialdemokratische Partei des Nordens mit den sozialdemokratischen Parteien der Schweiz und der schaffung aller Kriegsmittel unter den zivilisierten Völkern.

2. Solange dieser Zustand nicht unter den Völkern Mitteleuropas hergestellt ist, anerkennt sie ein Volksherr als notwendige Einrichtung zur Verteidigung des Landes gegen Angriffe von außen.

3. Sie protestiert gegen den Mißbrauch von Wehrmännern zugunsten des Unternehmertums bei Streiks. Da dieser Mißbrauch in den letzten Jahren tatsächlich vorgekommen ist, verlangt sie Garantien gegen dessen Wiederholung. Die beste Gewähr dafür liegt in der Verstärkung ihrer politischen Macht in Gemeinde und Staat.

4. Sie verlangt eine auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaute Organisation des Wehrwesens, die mit den demokratischen Einrichtungen im Einklang steht und der verfassungsmäßigen Rechtsgleichheit nicht widerspricht.

Sie bekämpft alle Militärausgaben, die nicht durch die Zwecke der Landesverteidigung geboten sind.

Die Kommission hat als Referenten bezeichnet die Genossen Arbeiterssekretär Greulich (deutsch) und Rechtsanwalt Dr. Napin (französisch). Man sieht, die Beschlüsse der Kommission und des Parteivorstandes bewegen sich auf den bisher von der Partei innegehaltenen durchaus gesunden Bahnen. Das Verlangen der Antimilitaristen, die Gehorsamsverweigerung zu propagieren, wird abgelehnt. In dem Mittelpunkt der Debatte dürfte die These 3 gerückt werden, denn die einseitige Parteinarbeit der Regierung gegen streikende Arbeiter durch Verwendung von Truppen hat die Protestbewegung gegen das Militär überhaupt hervorgerufen. —

Die Antimilitaristen verurteilt.

Von dem in Paris am Silvestertage beendeten Prozeß gegen eine Anzahl Antimilitaristen, darunter auch einige Sozialdemokraten, haben wir mehrfach Notiz genommen. Es wurde meistens die Vermutung geäußert, daß die Angeklagten freigesprochen würden, weil selbst bürgerliche Geschworne an ihren Plakaten keinen Anstoß nehmen könnten.

Die Annahme hat sich als falsch herausgestellt. Der Gerichtshof hat auf Grund des Spruches der Geschwornen

Gefängnisstrafen verhängt. Dem Genossen J. Ervès sind nicht weniger als vier Jahre aufgebürdet worden, drei haben je 3, einer 2 Jahre, drei je 1 1/2 Jahre, sieben Angeklagte je 1 Jahr und einer 6 Monate Gefängnis erhalten. Außerdem hat jeder der Verurteilten noch 100 Frank zu bezahlen oder die entsprechende Zeit abzusetzen. Insgesamt sind demnach sechs und dreißig Jahre drei Monate Gefängnis über sechsundzwanzig Angeklagte verhängt worden.

Die bürgerlichen Geschwornen und die bürgerlichen Richter haben Mache genommen trotz der glänzenden Verteidigungsrede, die Genosse J. Faures vor der Schranke gehalten hatte. Faures hatte über Internationalismus und Antimilitarismus gesprochen und dargelegt:

Nach seiner Überzeugung sei der Prozeß eine Verfolgung von Meinungen. Die ganze Gesellschaft aber ist nicht in stande, die gestellten Fragen befriedigend zu beantworten. Sowie wenig wie der einzelne Unternehmer für die Folgen der sozialen Organisation individuell verantwortlich ist, so wenig ist es auch der Offizier für den Mechanismus, in den er eingegliedert ist. Die Pflicht des Soldaten ist nicht, auf die Offiziere zu schießen, sondern auf Streikende nicht zu schießen. Der antimilitaristische Aufruf hat darin unrecht gehabt, eine Frage der sozialen Verantwortlichkeit zu individualisieren. Das System des Privateigentums macht den Streik zu einem notwendigen Ausweg. Dieses Problem kann nicht durch einen Prozeß wie den gegenwärtigen gelöst werden. Die andre vom Manifest behandelte Frage ist die des Krieges. Aber das Manifest gibt für den Kampf gegen den Krieg nicht eine ausschließliche Formel an. Unter den Angeklagten befinden sich Antimilitaristen mit den verschiedensten Argumenten. Mein Freund Cipriani hat sein ganzes Leben in Freiheitskriegen verbracht. Der Aufruf bringt keine Lösung, sondern einen heftigen Protest gegen den Greuel, daß Völker gegen ihren Willen gegeneinander in den Kampf getrieben werden. Die wahre Gefahr ist bei jenen, die mit dunklen Mächten den Krieg vorbereiten. In welchem Augenblick ist dieser Protest verkündigt worden? Zur Zeit der Marokko-Affäre, die beinahe einen Krieg entzündet hätte. Warum? Weil in Marokko eine finanzielle Rivalität zwischen Pariser und Berliner Bankiers bestand. Und da wundern Sie sich, daß diese Männer protestiert haben? Ich halte mich in dem Manifest zu dem allgemeinen Protest, der es belebt, und ich schließe mich ihm mit vollem Gewissen an.

So hatte Faures gesprochen und die Antwort der

Aus Paris geschrieben:

Die vor ein Pariser Arbeiter zeigt. Der Prä halfen Jahr an ihrer Demission an, infolgedessen Man erinn

Einführung des Stadium trat.

Neglements durch scheidung einer Plakate für den die Postunterbes Zweck, die Aus Rührung regiert vorauszuweisen

Was nun?

Mehrheit unter Resultat dürfte Wahl, die im Mangel an Ve

Die Vorg In Lyon, in e

eingeteten sich die verlangt jetzt b

Die Frage ist r

reichs endlich m

Klasse ja nur pieren, brechen

Beiträge auf e schaften haben die Gewerkschä

Wau einer eig Hoffentlich

weiter. Dann gierung nur d

Der W zwölfs bis vie

in den 670 ver

statt. Der neu

in seinem bis

tarifreformer

in den Vorder

auswärtige P

möchten, sagte

und dieje dan

durchzuführen

eine Rede in

die liberale P

in den Wahl

feine Londone

ines gesch

Der S fürchterli

Probinzet

tausend M

nein nicht

Lage ist sehr

Maßnahmen

leben kosten

in Tokio habe

meln und un

Die De Solang

bung Mos

russische Tele

Parisismus,

hat sie die

und drei La

das Niederse

An dem

nenen Jahres

wieder zu ju

ein. Und si

den Lesern

Lippen, als

wischen in

richtet dar

1. Januar:

Zu W

kurze Waff

damals gel

revolutionär

Hauptführer

die Dächer.

Schr

Preßja, de

das Arti

Dyfer ist un

kleinen win

Artillerie ha

In d

tionäre der

gefordert, sic

zu fürchte

...

147 000 Mk. und im Beharrungszustande gar 250 000 Mk. mehr jährlich für die Pastoren ausbringen müssen!

Die Regierungsvorlage hat aber noch eine andre, höchst beachtenswerte Seite. Es ist nämlich mecklenburgisches Staatsrecht, daß der jeweilige Großherzog selbst für die ausreichende Besoldung der Pastoren zu sorgen hat. Bei der „Ekklesiastik“ des Kirchengutes, d. h. bei der Besetzung der katholischen Klöster unter der Maske der lutherischen Reformation, hat der „Landesherr“ jene Verpflichtung ausdrücklich anerkannt für sich und seine Berufsnachfolger. Der gegenwärtige Großherzog hat bisher alljährlich 74 000 Mk. für die Pastorenlohnungen als Beitrag stiften müssen. Nun will die Regierung nicht nur die Lohnaufbesserung der Landessteuerkasse aufbürden, sie hat vielmehr noch den Extraauftrag gestellt, ihm auch die jährliche Zahlung der 74 000 Mk. ganz zu erlassen!

Den letzteren Antrag hat der Landtag nun freilich glatt abgelehnt, doch erklärte er gleichzeitig, daß er eine „Notlage“ der Priesterschaft anerkenne. Die „Ritterschaft“ des Landtags, die Gutsherrn, lehnten es ab, zur Deckung des Geldbedarfs die schon jetzt mit über 5000 Mk. dotierten Pfrarren heranzuziehen. Die „Landchaft“, das sind die Bürgermeister, hielt diesen Antrag aber aufrecht; sie wollten „nur“ den Rest auf die Landessteuerkasse übernehmen. Weil nun die beiden „Stände“ sich nicht einigten, so galt die Regierungsvorlage für abgelehnt.

Doch solch ein Fall will in Mecklenburg nichts besagen. Bekanntlich der Großherzog wirklich einmal nicht gleich von vornherein seinen Willen von seinen „Lieben, Getreuen, Ehrenleuten“, so wie er holt er nach obotritischer Tradition seine Vorlage so lange, bis sie der Landtag doch schluckt! Genau so geht es jetzt mit der Vorlage bezüglich der Pastoren-Vergütung. Das Verlangen des Großherzogs wurde dem Landtag zum zweitenmal vorgelegt! Wieder herrschte aber zwischen „Ritterschaft“ und „Landchaft“ eine Unstimmigkeit und wieder war deshalb die Regierungsvorlage abgelehnt. Trotzdem erklärte aber jetzt die Regierung, sie werde ihre Vorlage dem nächsten Landtag abermals unterbreiten!

Die Hartnäckigkeit, mit der die Regierung die Interessen der Priester vertritt, läßt jedoch merklich nach, wenn es sich um die Gehaltserhöhung der Lehrer handelt. Das Los eines mecklenburgischen Volksschullehrers ist alles andre als beneidenswert. Doch geht es den Lehrern im *Domanium*, dem Landgebiet des Großherzogs — wo der Landtag absolut nichts zu sagen hat — doch noch ein wenig besser als im Gebiet der „Mitter“. Nun hatte der Großherzog dem Landtag auch eine Vorlage zugehen lassen, die eine wenn auch sehr bescheidene Gehaltserhöhung für die Lehrer im „Ritterschaftlichen“ vorsah. Es war selbstverständlich, daß die „Mitter“ sich darüber entrüsteten. Den Schulmeistern mehr Lohn zahlen — eine solche Zumutung macht mecklenburgische Agrarier in Majerei. Da würden die Landesherrn auch nicht zugeben!

Begehrlichkeit darf nicht nach dem Landtagsherrn, und so lehnten die Lehrer ab. Begründung wurde in ihrem Stande gemäßen „Unzufriedenheit“ aber, die in den Händen sei, würde ja doch nicht durch Gehaltserhöhung abgeholfen werden, wie die Erfahrung zeigt; vielmehr würde „die Unzufriedenheit der Lehrer durch die Bewilligung der Lohnerhöhung nur neue Nahrung bekommen!“ Die Lehrerschaft aus Mecklenburg würde künftig sich schon so nachlassen, denn der Staat Hamburg erlächte ein neues Lehrereinstellungsrecht, er werde also künftig den Zugang mecklenburgischer Lehrer zurückweisen!

Und die Regierung? Sie wiederholte doch wohl die Lehrgelohnvorlage ebenso schnell wie ihre die Priester betreffende Vorlage?! Fehlgelassen. Die Regierung brachte es gerade noch zu dem Ersuchen, der Landtag möge eine Kommission niederlegen, die mit der Regierung zusammen für den nächstjährigen Landtag die Regierungsvorlage umgestalten solle!

Waffen und Lehrer müssen eben verschieden gehalten werden.

Die mecklenburgische Lehrerschaft ist natürlich erbaut von dem Beschluß des Landtags. Der „Ritterschaftliche Verein“ in ... hat eine Erklärung veröffentlicht in der er sagt:

„Wir den Herren der Ritterschaft — diesen dauernd nach ... schließlichen Agrariern — schließt an den Lehrern Unzufriedenheit vorzunehmen ... Wenn die Lehrer nicht besser besoldet werden, so haben wir die erste Pflicht, die eifrigste Agitation weiter zu betreiben und solche vollständigen Nichtigkeiten durch Wort und Tat energisch zu unterstützen, welche diese reaktionäre, bildungs- und vaterlandfeindliche Ständeverteilung beizubehalten wollen.“

Es hat schon eine außerordentliche Generalversammlung mecklenburgischer Landeslehrervereins stattgefunden, die nach einer lebhaften Debatte eine Resolution gegen die „Mitter“ annahm. Allerdings hatten — und das zeigt uns die mecklenburgische Lehrerschaft das Ab der Politik nicht begriffen hat — die Lehrer durch ihren Vorstand ... jener Generalversammlung verschließen und ... der Presse hinausweisen lassen! Wie sie ohne ... Unternehmung der Öffentlichkeit zu ihrem ... wollen, ist ihr Geheimnis.

Sozialdemokratie und Militarismus.

Die Verwendung von Truppen gegen ... wie sie in den letzten Jahren auch in der ... immer häufiger gewesen ist, haben immer ... Arbeiterklasse eine tiefergehende anti ... hervorgerufen. Viele Genossen,

namentlich der romantischen Kantone, befürworteten in der Weise wie die französischen Antimilitaristen die Gehorsamsverweigerung usw. Auf dem letzten Parteitag wurde eine besondere Kommission beauftragt, sich mit dieser Frage zu befassen und der Partei Vorschläge zu unterbreiten.

Das ist nunmehr geschehen; Kommission und Parteivorstand haben sich auf die folgenden vier Thesen geeinigt, die dem für den 10. und 11. Februar in Marz eingberufenen außerordentlichen Parteitag, dessen einziger Verhandlungspunkt bildet, vorgelegt werden:

1. Die sozialdemokratische Partei der mit den sozialdemokratischen Parteien der schaffung aller Kriegsmöglichkeiten unter den zivilisierten Völkern.

2. Solange dieser Zustand nicht unter den Völkern Mitteleuropas hergestellt ist, anerkennt sie ein Volksheer als notwendige Einrichtung zur Verteidigung des Landes gegen Angriffe von außen.

3. Sie protestiert gegen den Mißbrauch von Wehrmännern zugunsten des Unternehmertums bei Streiks. Da dieser Mißbrauch in den letzten Jahren tatsächlich vorgekommen ist, verlangt sie Garantien gegen dessen Wiederholung. Die beste Gewähr dafür liegt in der Verstärkung ihrer politischen Macht in Gemeinde und Staat.

4. Sie verlangt eine auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaute Organisation des Wehrwesens, die mit den demokratischen Einrichtungen im Einklang steht und der verfassungsmäßigen Rechtsgleichheit nicht widerspricht.

Sie bekämpft alle Militärausgaben, die nicht durch die Zwecke der Landesverteidigung geboten sind.

Die Kommission hat als Referenten bezeichnet die Genossen Arbeiterssekretär Greulich (deutsch) und Rechtsanwalt Dr. Kapin (französisch). Man sieht, die Beschlüsse der Kommission und des Parteivorstandes bewegen sich auf den bisher von der Partei innegehaltenen durchaus gefestigten Bahnen. Das Verlangen der Antimilitaristen, die Gehorsamsverweigerung zu propagieren, wird abgelehnt. In den Mittelpunkt der Debatte dürfte die These 3 gerückt werden, denn die einseitige Parteimahme der Regierung gegen streikende Arbeiter durch Verwendung von Truppen hat die Protestbewegung gegen das Militär überhaupt hervorgerufen.

Die Antimilitaristen verurteilt.

Von dem in Paris am Silbestertage beendeten Prozeß gegen eine Anzahl Antimilitaristen, darunter auch einige Sozialdemokraten, haben wir mehrfach Notiz genommen. Es wurde meistens die Vermutung geäußert, daß die Angeklagten freigesprochen würden, weil selbst bürgerliche Geschworne an ihren Plakaten keinen Anstoß nehmen könnten.

Die Annahme hat sich als falsch herausgestellt. Der Gerichtshof hat auf Grund des Spruchs der Geschwornen ...

Gefängnisstrafen verhängt. Dem Genossen ... sind nicht weniger als vier Jahre aufgebürdet worden, drei haben je 3, einer 2 Jahre, drei je 1 1/2 Jahre, sieben Angeklagte je 1 Jahr und einer 6 Monate Gefängnis erhalten. Außerdem hat jeder der Verurteilten noch 100 Frank zu bezahlen oder die entsprechende Zeit abzufügen. Insgesamt sind demnach sechs und dreißig Jahre drei Monate Gefängnis über sechsundzwanzig Angeklagte verhängt worden.

Die bürgerlichen Geschwornen und die bürgerlichen Richter haben Rache genommen trotz der glänzenden Verteidigungsrede, die Genosse Faures vor der Schranke gehalten hatte. Faures hatte über Internationalismus und Antimilitarismus gesprochen und dargelegt:

Nach seiner Ueberzeugung sei der Prozeß eine Verfolgung von Meinungen. Die ganze Gesellschaft aber ist nicht imstande, die gestellten Fragen befriedigend zu beantworten. Sowiegen wie der einzelne Unternehmer für die Folgen der sozialen Organisation individuell verantwortlich ist, so wenig ist es auch der Offizier für den Mechanismus, in den er eingegliedert ist. Die Pflicht des Soldaten ist nicht, auf die Offiziere zu schießen, sondern auf Streikende nicht zu schießen. Der antimilitaristische Aufruf hat darin unrecht gehabt, eine Frage der sozialen Verantwortlichkeit zu individualisieren. Das System des Privateigentums macht den Streik zu einem notwendigen Ausweg. Dieses Problem kann nicht durch einen Prozeß wie den gegenwärtigen gelöst werden. Die andre vom Manifest behandelte Frage ist die des Krieges. Aber das Manifest gibt für den Kampf gegen den Krieg nicht eine ausschließliche Formel an. Unter den Angeklagten befinden sich Antimilitaristen mit den verschiedensten Argumenten. Mein Freund Cipriani hat sein ganzes Leben in Freiheitskriegen verbracht. Der Aufruf bringt keine Lösung, sondern einen heftigen Protest gegen den Greuel, daß Völker gegen ihren Willen gegeneinander in den Kampf getrieben werden. Die wahre Gefahr ist bei jenen, die mit dunklen Manövern den Krieg vorbereiten. In welchem Augenblick ist dieser Protest verkündigt worden? Zur Zeit der Marokko-Affäre, die beinahe einen Krieg entzündet hätte. Warum? Weil in Marokko eine finanzielle Rivalität zwischen Pariser und Berliner Bankiers bestand. Und da wandern Sie sich, daß diese Männer protestiert haben? Ich halte mich in dem Manifest zu dem allgemeinen Protest, der es beliebt, und ich schließe mich ihm mit vollem Gewissen an.

So hatte Faures gesprochen und die Antwort der Geschwornen war die Verurteilung aller mit Ausnahme des Genossen Cipriani, weil er Italiener, und des Fräuleins Numieska, weil sie Russin ist. Der Spruch der Geschwornen und die Strafmessung der Richter wird in der proletarischen Welt Frankreichs eine gewaltige Erregung auslösen.

Von der Pariser Arbeitsbörse.

Aus Paris wird der Magdeburger „Volkstimme“ geschrieben:

Die vor einigen Tagen gewählte Verwaltungskommission der Pariser Arbeitsbörse hat dem Präfekten ihre Demission angezeigt. Der Präfekt ist also glücklich da angelangt, wo er vor einem halben Jahr angefangen hat. Die Kommission gab als Grund ihrer Demission die schwache Beteiligung der Gewerkschaften an, infolgedessen ihr jede Autorität fehlen würde.

Man erinnert sich des ganzen Streifalles, der mit der Einführung des neuen Reglements der Arbeitsbörse in ein akutes Stadium trat. Es folgte die einstimmige Ablehnung des neuen Reglements durch die Delegierten der Gewerkschaften, die Einsetzung einer provisorischen Kommission, die Entfernung der Plakate für den nächsten Tag, die Verweigerung des Saales an die Postunterbeamten usw. Alle diese Maßnahmen hatten zum Zweck, die Aufmerksamkeit der revolutionären Mächtigen und die Richtung regierungstreuere Gewerkschaften. Der Versuch ist, wie vorausgesehen war, gescheitert.

Was nun? Wird der Präfekt den Versuch, eine ihm genehme Mehrheit unter den Gewerkschaften zu züchten, wiederholen? Das Resultat dürfte sicher noch kläglich ausfallen, als bei der ersten Wahl, die im September schon hätte stattfinden sollen, aber aus Mangel an Beteiligung immer vertagt wurde.

Die Vorgänge an der Pariser Arbeitsbörse stehen nicht allein. In Lyon, in Algier und einer ganzen Reihe anderer Städte ereigneten sich dieselben oder ähnliche Vorfälle. Die Reaktionspresse verlangt jetzt von neuem die Schließung der Pariser Arbeitsbörse. Die Frage ist zum letzten Ende die, ob die Gewerkschaften Frankreichs endlich mit dem Subventionssystem, das von der herrschenden Klasse ja nur betrieben wird, um die Gewerkschaften zu korrumpieren, brechen und sich durch eine entsprechende Erhöhung der Beiträge auf eigene Füße stellen werden. Eine Anzahl Gewerkschaften haben in diesem Sinne bereits ihren Entschluß gefaßt und die Gewerkschaften in Lyon haben beschlossen, Sammlungen zum Bau einer eignen Arbeitsbörse zu veranstalten.

Hoffentlich schreiten die Gewerkschaften auf diesem Wege weiter. Dann könnte man die Unterdrückungsversuche der Regierung nur dankbar begrüßen. —

England.

Der Wahlkampf ist im vollen Gange. Mindestens zwölf- bis vierzehnhundert Versammlungen finden jeden Abend in den 670 verschiedenen Wahlkreisen des vereinigten Königreichs statt. Der neue Minister des Innern, Sir Edward Grey, führte in seinem bisherigen Wahlkreis in Northumberland aus, daß die Tarifreformer eine erstaunliche Neigung zeigen, andre Fragen in den Vordergrund zu schieben, so zum Beispiel Homerule und die auswärtige Politik des englischen Reichs. Die Konservativen machten, sagte Grey, eine Mehrheit gegen Homerule erlangen, und diese dann ausnutzen, um die Tarifreform in ihrem Sinne durchzuführen. Der Ministerpräsident Campbell-Bannerman hielt eine Rede in Dunfermline in ähnlichem Sinne. Auch er die liberale Partei wolle unter dem Kampfruf Freiheit in den Wahlkampf eintreten. Bezüglich Homerule schied seine Londoner ... Er bestritt, daß er die ...

Japan.

Der „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio, daß eine fürchterliche Hungersnot in den nördlichen Provinzen von Japan herrscht. Siebenhunderttausend Menschen verhungern buchstäblich und werden, wenn nicht schnelle Hilfe kommt, den Hungertod sterben. Die Lage ist sehr kritisch. Es wird erklärt, daß, wenn nicht zureichende Maßnahmen getroffen werden, die Hungersnot mehr Menschenleben kosten werde als der Krieg mit Rußland. Die Ausländer in Tokio haben einen Ausschuß gebildet, um Geldspenden zu sammeln und unter die leidende Bevölkerung zu verteilen. —

Die russische Revolution.

Der achte Tag der Straßenschlacht.

Solange die telegraphische und telephonische Verbindung Moskous nach allen Seiten gestört war, hat die russische Telegraphenagentur, das amtliche Lügenbureau des Zarismus, wie toll draußlos geschwindelt, drei Tage lang hat sie die Revolution niedergeschlagen auf dem — Papier und drei Tage lang haben die deutschen bürgerlichen Blätter das Niederschlagen fortgesetzt, ebenfalls auf dem Papier.

Au dem Tage aber, da Westeuropa den Beginn eines neuen Jahres durch Arbeitsruhe feierte, begann der Telegramm wieder zu funktionieren, setzte die private Kontrolle wieder ein. Und siehe da, es trat ein, was wir prophezeit haben: den Lesern erstarben die Neujahrsglückwünsche auf den Lippen, als sie lesen mußten, was sich tatsächlich zwischen in Moskau ereignet hatte. Die Scherzreden über die Dächer aus Petersburg vom Nachmittags 1. Januar:

In Moskau haben neue fürchterliche ... kurze Waffenruhe abgelöst, die am Freitag eingetreten ... danals gelungen, die Haupttrabanten des Kommandos der revolutionären Partei im Hause Uolmatschew ... Hauptführer entzog sich jedoch der Verhaftung durch ... die Dächer.

Schredlich wütet jetzt der ... der alt ist und meistens aus Holzbaute ... die Artilleriefeuer unter ... der Dyer ist enorm. Dori konzentrieren sich ... in den kleinen wintigen Straßen, die ihre Oper ... Die Artillerie hat einen sehr schweren Stand

In den Prochorowischen Fabriken ... Revolutionäre der bewaffneten Kampfpartei ... wurden aufgefordert, sich zu ergeben, weigerten ... die Fabriken ein fürchterliches Artilleriefeuer ... teler gestillt. Riesige Barrikaden sind ... errichtet, die gleichfalls durch Artilleriefeuer ...

Inzwischen begrüßt Mos ... Tag und bei Nacht. Hausenweise liegen uner ... auf den Höfen. Während des Straßentamp ... gegen die Revolutionäre bei den Prochorow ... verlor die Truppe

parten, ehe außer dem Mittheilhaberanteil von 30 Mark noch 100 Mark Notfonds eingezahlt sind. Vereinzelt Angriffe auf diesen Notfonds sind immer mit großer Mehrheit zurückgewiesen worden. Die Mitglieder wissen bereits, was es für sie bedeutet, in einer Zeit der Not 100 mühsam aufgespeicherte und dabei zinstragende Geldstücke zu ihrer Verfügung zu haben. Sie lassen es sich darum gern gefallen, erst einmal 4 oder 5 Jahre ohne jede Rückvergütung zu bleiben, um diese Summe aufspeichern zu können. So haben sie bereits nahezu eine halbe Million an Geldern für Anteil und Notfonds zusammengebracht und eignen Lagerhaus, eine Bäckerei und sogar eine Molkerei, diese sonst gefährliche Produktionsart erfolgreich errichten können.

Über sie haben noch etwas anderes getan, was in gleichem Maße und mit gleicher Energie wohl von keiner andern Genossenschaft bisher in Ausführung gebracht worden ist. Sie haben bereits über 800 Familien gesunde, preiswerte Wohnungen beschafft, Wohnungen mit allem für das Geld erreichbaren Komfort ausgestattet, in denen die Mieter sicher vor Mietsteigerung wohnen können, so lange sie ihre Verpflichtungen erfüllen. Gerade eben ist ein ganzes Straßenquadrat mit 254 Wohnungen, Saal, Restauration, Klubzimmern, Verkaufsstellen usw. in Vollendung begriffen. Und Sonntag den 10. Dezember ist die Verteilung durch Los an die Bewerber vorgenommen worden. Die das Los trifft, werden 1. April ihr neues Heim beziehen. Es sind Wohnungen von 2 bis 5 Zimmern mit geräumiger Küche, Balkon oder Loggia und allem sonstigen Zubehör, die sich den bereits vor zwei Jahren mit 60 Wohnungen errichteten Gebäuden würdig anreihen.

Und wie konnte der noch so junge Verein solch ein Werk in so kurzer Zeit aus eigenen Mitteln schaffen? Nun, er hat eine Sparkasse, deren Einlagen statutenmäßig „lediglich in den vom Statut vorgezeichneten gemeinnützigen Institutionen“ dienen, „mit deren Entzweien zugleich dauernde hypothekarische Werte geschaffen werden“. Und in dieser Sparkasse hat die Mitgliedschaft bereit nahezu 1 1/2 Millionen Mark — sage anderthalb Millionen Mark — in der kurzen Zeit des Bestandes eingelegt. Im verflohenen Oktober allein sind 228.000 Mark eingelegt, und nur 46.000 Mark abgegangen worden. Da begreift man die Leistungsfähigkeit der Genossenschaft.

Was aber bewirkt die Genossenschaft mit solchem Vorgehen. Nicht nur, daß sie ihren Mitgliedern Wohnungen schafft, die ganz andre Bequemlichkeiten und gesundheitliche Vorzüge bieten, als es die Mietwohnung von gleichem Preis zu tun vermag, diese Verwendung des Sparkapitals wirkt auch vor allem wirtschaftlich geradezu entgegengesetzt wie die der gewöhnlichen Sparkassen. Die Hauptverwendung der Gelder gewöhnlicher Sparkassen ist die Hypothek. Nun aber ist bekannt, daß die Hypothek für die Privatbesitzer ein Haupthebel ist, die Grundstückspreise und die Mieten in steter Beschleunigung emporzutreiben. Die Grundstückssteigerung aber heißt für den Kleinrentner Erschwerung, wenn nicht Unmöglichkeit, sich ein eigenes Heim zu gründen, für den Arbeiter Mietsteigerung in einer Schraube ohne Ende. Wenn heute ein Grundstück für 10.000 Mark gekauft ist und ein Haus von 60.000 Mark mit 15 Wohnungen darauf gebaut wird, so muß die Miete 3500 Mark betragen. Sobald sich die Wohnbedürftigkeit steigert, werden auch die Mieten vermehrt. Damit steigt auch der Zinsfuß. Für je 500 Mark der Gesamtmiete steigt er um 10.000 Mark. Und das stachelt zu neuer Mietsteigerung. Der Arbeiter und seine Beamte, der sich ein paar Mark für Nothfälle zusammengespart und sie auf die Sparkasse trägt, wirkt also mit seinem eigenen Gelde unter Umständen dazu mit, daß die Wohnung sich für ihn verteuert.

Man glaubt vielfach, das sei so eine Art Naturgesetz, dem gegenüber heute wenigstens gar nichts zu machen wäre. Die Hamburger haben — wie schon viele englische Genossenschaften — gezeigt, daß man sein Geld auch veranwenden kann, daß es die entgegengesetzte Wirkung ausübt. Der Hamburger Bericht darüber beschreibt das sehr schön in bezug auf eine der genannten Wohnungen. Er rechnet freilich eine höhere Verzinsung als 5 Prozent. Rechnen wir die bei uns übliche von 5 Prozent, so würden wir bei 15 Wohnungen, wie sie dort sind, auf jede eine Miete von 233 Mark erhalten, und bei Zuschlag von 1 Prozent Amortisation 280 Mark. Durch die Amortisation aber wird nun der Erziehungspreis allmählich abgeschrieben. Das frei gewordene Geld kann zum Teil zur Stärkung der Genossenschaft selbst ebenfall zum Bau neuer Wohnungen, teils aber im Laufe der Zeit mehr und mehr auch zur Herabsetzung der Miete verwendet werden. Die Mieten werden also fallen, das gemeinsame Eigentum muß wachsen. Das ist die notwendige Wirkung.

So können wir also mit demselben Geld die entgegengesetzte Wirkung einleiten, je nachdem wir es genossenschaftlich oder kapitalistisch den andern dienbar machen. Man kann es den andern dienbar, indem wir es in gewöhnliche Sparkassen legen, so wendet es sich in seiner Wirkung gegen uns und waldet uns immer schwerere Lasten auf den Nacken. Verwenden wir es dagegen gemeinsam für uns selbst, so hilft es uns allmählich immer mehr von der Last zu befreien, die auf uns liegt. Akkumulation, die allmähliche Anhäufung findet in beiden Fällen statt, nur daß die kapitalistische Akkumulation die Arbeit in Fesseln schlägt, die genossenschaftliche aber sie befreit.

Ist es doch hier nicht anders wie beim Konsumverein überhaupt. Der beständige Konsum steht mit feinsten Gleichem an der großen wirtschaftlichen Summe und pumpt Geld. Weiter hat er nichts zu tun. Von dem, was er pumpt, fließt ein Teil in sein eigenes Einkommen, ein anderer Teil fließt seitab in den großen Kapitalstrom. Und wenn er etwas mehr davon haben will, so muß er immer stärker am Pumpen arbeiten. Und nun ist er so lächerlich und schätzel auch das, was er in sein Einkommen bekommt, noch weniger in den großen Kapitalstrom, damit der immer voller und gefährlicher für ihn selber werde. O diese Lächerlichkeit! Das wenigstens ist es, daß er sich doch selber nutzbar machen, und dadurch Macht gewinnen, daß er immer weniger in den Kapitalstrom, immer mehr in seine eigenen Gefäße leiten konnte.

Und dabei lohnt ihn das nicht einmal ein Spritz. Denn die Summe wird ihm verzinnt, die er der eignen Sparkasse gibt, wie die die er der Fremden gibt. Sie wird ihm sogar besser verzinst, als in der Privatsparkasse (gewöhnlich 4 Prozent höher). Und wenn die Genossenschaft einmal fest fundiert

ist, und die Genossen sie sorgsam hüten, so ist so sicher, ja noch sicherer, als eine kapitalistische Sparkasse.

Das liegt sozusagen auf der flachen Hand; und doch lassen sich die Genossen immer noch nicht herbei hier ihre Macht gemeinsamer Organisation zu zeigen. Freilich, viel leichter und bequemer ist es, über Mißstände zu schelten, als Hand anzulegen, um wenigstens die zu beseitigen, die man aus eigener Kraft beseitigen kann. Das soll von Grund aus anders werden! Die Hamburger haben hier gezeigt, was man in kürzester Frist erreichen kann, wenn man solidarisch zusammensteht und so haben sie ganz recht, wenn sie stets betonen: Was wir vollbringen, ist das Resultat unserer eignen Arbeit. Wir haben dafür keinem zu danken als uns selbst, wenn auch die Mittel um einzelnen nur klein sind, vereinigt mit denen Gleichgesinnter sind sie eine Macht. Was durch den Zusammenschluß zu erreichen ist, davon gibt das seiner Vollendung entgegengehende Werk ein unwiderlegliches Zeugnis.

Arbeiter und Arbeiterinnen Magdeburgs, geht hin und tuet desgleichen! —

Genossenschaftsbewegung.

Die Hungerpeitsche. Die Scharfmacher werden immer skrupelloser; sie begnügen sich nicht mehr mit der Anwendung der Hungerpeitsche gegen streikende Arbeiter, sondern jeder einzelne, der sich auch nur im geringsten gegen den dreimal geheiligten Profit verkehrt, wird zur Arbeitslosigkeit und dadurch zum Hunger verurteilt. Wie weit es die Scharfmacher mit ihrem Terror bereits gebracht haben, beweist folgendes Schriftstück, das wir der Mannheimer „Volkstimme“ entnehmen:

Verband der Metall-Industriellen Badens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke.

Mannheim, Dezember 1905.

Auf Antrag des Mitgliedes Gebr. Backisch in Eberbach a. N. teilen wir Ihnen mit, daß der Schmied Adolf Angelow, geboren am 23. Oktober 1873 in Mittelschellens, widerrechtlich seine Arbeit verlassen hat.

Wir ersuchen Sie deshalb, den Schmied A. nicht einzustellen.

Hochachtungsvoll
Verband der Metall-Industriellen Badens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke.

In Rußland wird gegenwärtig neben den andern Ungehörlichkeiten des Despotismus auch die schändliche Administrativ-Verschickung nach Sibirien bekämpft. In Deutschland glaubt das größtenteils sinnige Scharfmachertum, ebenfalls ohne Urteilspruch, den unbehaglichen Arbeiter zum Hungertode oder zur Unterwerfung zu verdammen. —

Die legitimen Industriellen. Aus Halle wird uns geschrieben: Die organisierten Metallarbeiter verlangten jüngst eine Teuerungszulage. Der Verband der Metallindustriellen lehnte die Forderung mit dem Hinweis ab, er erkenne den Metallarbeiterverband nicht als die legitime Vertretung der Metallarbeiter an. Wie es nun die „legitimen“ Industriellen treiben, geht aus folgendem Zirkular hervor, das durch Zufall in unsere Hände geriet:

Mitteldeutsch-Sächsische Gruppe des Vereins deutscher Eisengießerei.

Halle, den 1. Dezember 1905.

Nicht unter Hinweis auf die weitverbreitete Verteuerung aller Rohstoffe sehen wir uns genötigt, eine vom 1. Januar 1906 ab geltende Erhöhung unserer Verkaufspreise anzugeben. Es werden die bisherigen Preise für Waagen, Maschinen, Maschinenartikel sowie für sämtliche Handelswaren um 1 Mark pro 100 Kilogramm erhöht werden. Für Stückpreise tritt gleichfalls ein Aufschlag ein. (Folgt Unterschrift von zwanzig Firmeninhabern, von denen mehrere, was extra hervorgehoben wird, nicht Mitglieder des Industriellenverbandes sind.)

Die organisierten Industriellen nehmen sich das Recht heraus, namens der nichtorganisierten, allerdings mit dessen Einverständnis, Preisauflagen einfach anzugeben, um aber die organisierten Metallarbeiter das gleiche, so sind sie „nicht legitim“. — So, wenn zwei daselbe tun? — Als die städtischen Arbeiter jüngst im Stadtverordneten-Kollegium laut Petition eine Teuerungszulage forderten, verbotene Bürgermeister v. Holtz, selbstverständlich „mit warmem Herzen“ sein „Wohlwollen“, er erklärte aber dann, daß der Magistrat die Petition „leider“ nicht berücksichtigen könne, da Teuerungen vorübergehend die Erscheinungen wären. — Vielleicht sind die Eisenindustriellen, allerdings nur in Beziehung auf die Metallarbeiter, der gleichen Ansicht. —

Der Vorsitzende des Verbandes der Gemeindearbeiter. Bruno Pörsch, hat diesen Posten niedergelegt und zugleich seinen Austritt aus dem Verbands erklärt. Wie aus einem Briefe hervorgeht, den Pörsch an die „Genossenschaft“, Organ der Gemeindearbeiter, schreibt, tritt er als Redakteur in die „Westdeutsche Abendpost“, eine Gründung der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft, ein. Ueber die Gründe seines Austritts sagt er selbst: „Es ist in weiten Kreisen bekannt, daß ich von jeher in einer Reihe von Fragen, welche die Arbeiterbewegung lebhaft interessieren, Ansichten besaß, die mit der herrschenden Meinung nicht übereinstimmen. Wiederholt habe ich deshalb auch meine abweichenden Ansichten hier und da öffentlich zum Ausdruck gebracht, weshalb man mich daher auch, namentlich von Seiten der politischen Bewegung, als Eigenbrötler und „unsicherer Kantoneist“ ansah. Ich gedachte nun aber zukünftig nicht etwa die Arbeiterbewegung als Korbmacher Fächer oder Max Lorenz zu bekämpfen. Im Gegenteil: Ich habe mich in meiner zukünftigen Stellung als Redakteur der „Westdeutschen Abendpost“ ausdrücklich verpflichtet, für eine energische Arbeiterpolitik und insbesondere für eine einheitliche deutsche Gewerkschaftsbewegung, unabhängig von jeder politischen Partei, einzutreten, eine Idee, für die ich mich bekanntlich schon seit Jahren engagiert.“ So wie Pörsch die Neutralitätsidee auslegt, wird sie auch von den energischsten Anhängern dieses Gedankens in unsern Reihen nicht aufgegeben. Pörsch tut daher gut daran, sich ein anderes Wirkungsgebiet zu suchen. —

Zur Geschichte des Achtstundentags. Der „Nelson Colonist“ vom 12. Oktober v. J. berichtet über eine Festschrift der Arbeiterunion von Nelson (Neuseeland), bei der ein nicht uninteressanter Beitrag zur Geschichte des Achtstundentags gebracht wurde. Ein jetzt 82-jähriger Hamburger, von Beruf Schiffszimmerer, dann Architekt und Ingenieur, Herr J. S. W. Jakobson, hielt eine Rede, in der er auf die Verhältnisse in der jungen Kolonie Nelson vor 62 Jahren zu sprechen kam. Zu der Zeit verdienten die Arbeiter dort 18 Pence Tagelohn, die Zimmerleute eine halbe Krone. Die Arbeitslosigkeit war eine große. Es wurden Versuche gemacht, Geld auszugeben, um die Leute zu beschäftigen, und er sei damals zur Leitung der Arbeit (Schiff- und Hausbau) bestimmt worden. Jakobson hat sofort den Lohn auf 2 bis 3 Schilling pro Tag erhöht und die Arbeitszeit auf 8 Stunden herabgesetzt, weshalb die Unternehmer Zeter und Mordio schrien: es sei der Ruin des ganzen Landes. Der Achtstundentag habe sich infolgedessen demnach bewährt, daß er, als er von Nelson nach Canterbury verlagert wurde, dort sofort die achtstündige Arbeitszeit eingeführt, und heute kann der Preis mit Vergnügen konstatieren, daß der von ihm als junger Arbeiter zuerst eingeführte Achtstundentag eine gezielte

liche Institution seiner zweiten Heimat geworden ist. In einem Privatbriefe an die Hamburger Schiffszimmerer teilt J. mit, daß er von 1843 bis 1870 sechs kleine Schiffe, zwölf Boote und 82 Häuser in Nelson und Christchurch gebaut und von 1870 bis 1894 als Architekt 145 Häuser, Kirchen und Hotels mit einem Kostenaufwand von 380.000 Pfund Sterling. Bei all diesen Arbeiten hat er seit dem 1. August 1843 für sämtliche bei ihm beschäftigten Arbeiter und Lehrlinge den Achtstundentag durchgeführt gehabt, und keiner hat auch nur eine halbe Stunde länger gearbeitet.

So hat in Australien ein Deutscher als Pionier des Achtstundentags gewirkt. Heute ist der Gedanke des Achtstundentags Gemeingut der organisierten Arbeiter aller Länder geworden, und ihre Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit tragen den Achtstundentag im Schoße. So wird das, was Mr. Jakobson in seiner zweiten Heimat als weitblickender Mensch praktisch durchgeführt hat, auch in Europa immer mehr zur Tatsache werden, auch wenn wir jede Position auf dem Wege heißer Kämpfe erringen müssen. —

ac. Der 7. belgische Gewerkschaftskongress tagte während der Weihnachtsfeiertage im Maison du Peuple zu Brüssel. Vertreten waren 158 Syndikate mit 177 Delegierten, 9 politische Gruppen mit 5 Delegierten, 3 Genossenschaften mit 4 Delegierten; Ansele vertrat die Fraktion, außerdem war noch eine große Anzahl Abgeordneter als Gäste anwesend. Den Rechenschaftsbericht der Gewerkschaftskommission (Generalkommission) gibt Bergmans. Daraus geht hervor, daß der Kommission zur Erfüllung ihrer Aufgabe nicht die genügenden Geldmittel zur Verfügung stehen, daß die Beitragshöhe der Organisationen an die Gewerkschaftskommission zu niedrig ist und daß die Beiträge im ganzen schlecht eingehen. Der Berichterstatter weist auf das Beispiel der deutschen Gewerkschaften hin, die ihre Zentralkommission mit genügenden Geldmitteln versehen, damit diese ihrer Aufgabe gerecht werden könne. Im diesem Zustand entgegenzutreten, werden verschiedene Vorschläge gemacht; es wird beschlossen, die Eingänge sowie die Restanten im „Correspondenzblatt“ bekannt zu machen, ferner wird die Frage diskutiert, ob diejenigen Gewerkschaften, welche ihre Beiträge nicht bezahlt haben, noch zu dem Kongress zugelassen sind. Im Zusammenhang mit diesen Fragen wird auch über die Anstellung eines festbesoldeten Sekretärs bei der Gewerkschaftskommission verhandelt. Aber auch hierzu reichen die vorhandenen Mittel leider nicht aus. Es wird die Erhöhung der an die Gewerkschaftskommission abzuführenden Beiträge von 5 auf 10 beziehentlich 15 Centimes pro Mitglied und Jahr vorgeschlagen; da aber die Delegierten ein Mandat von ihren Organisationen nicht haben, so wird die Frage nochmals vertagt und der Gewerkschaftskommission zur nochmaligen Beratung und Aufstellung eines Budgets überwiesen; der Kongress von 1906 soll endgültig entscheiden. Eine ausführliche Diskussion entstand über das „Correspondenzblatt“. Von allen Rednern wurde auf das „Correspondenzblatt“ der deutschen Gewerkschaften hingewiesen. Gleichzeitig wurde aber auch anerkannt, daß bei der gegenwärtigen Redaktionsführung — das Blatt wird im Nebenamt hergestellt — Besseres nicht geleistet werden kann. Verlangt wird die obligatorische Einführung des Blattes für alle Gewerkschaftsmitglieder, beschlossen wird aber vorläufig, zumindestens die Vorstände zum Abonnement auf das Blatt zu verpflichten. Im Zusammenhang mit demselben wird in Zukunft regelmäßige statistische Erhebungen über den Stand (Mitglieder, Kasseebestand usw.) der belgischen Gewerkschaften vorzunehmen. Hierauf wird über die Gewerkschaftsgerichte verhandelt. Nach längerer Diskussion wird den Vorschlägen des Genossen Abgeordneten Desportes zugestimmt, wonach eine Ausdehnung der gewerblichen Schiedsgerichte auf alle Männer und Frauen, die in Industrie, Handel und Gewerbe beschäftigt sind, gefordert wird. — Hierauf nahm der Kongress Stellung zu der Revision des Artikels § 310 des belgischen Strafgesetzbuchs. Dieser dem § 152 des deutschen Strafgesetzbuchs entsprechende Artikel dient auch in Belgien den Behörden als ein Mittel, der Gewerkschaftsbewegung Hemmnisse und Schwierigkeiten zu bereiten. Zugunsten der gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit sollen Ende des Jahres 1906 Demonstrationen veranstaltet werden. — Als letzter Punkt kommt die Schulfrage zur Handlung; der Kongress stellt folgende Forderungen an: Obligatorische Schulpflicht für alle Kinder vom 6. bis zum 14. Jahre; obligatorischer gewerblicher Schulunterricht für die Jugendlichen vom 13. bis 16. Jahre; für die Kinder von 12 bis 14 Jahren soll neben dem theoretischen Unterricht auch solcher in Handarbeit erteilt werden; freie Nahrung und Kleidung für die Schüler; Revision des Gesetzes vom 13. Dezember 1889 über die Kinderarbeit. —

Aus der Parteibewegung.

Zu die „Freiheit“ zurückgeführt ist am Silbestertag der Genosse Redakteur Ad. Thiele, der im Gefängnis zu Halle 1 Monat wegen Verleumdung der Polizei zugebracht hat. Unser Genosse hat die Strafe verhältnismäßig gut überstanden. —

Keine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten. In Chemnitz hat man das gegen den Genossen Nozke eingeleitete Verfahren eingestellt. Er hatte bekanntlich bei der letzten Wählerrechtsdemonstration die Massen aufgefordert, ruhig auseinanderzugehen. Die Polizei war aber der Meinung, er habe zu Gewalttätigkeiten aufgefordert. —

Das Verfahren eingestellt. Gegen den Genossen Rauch vom „Volkswille“ in Hannover hatte die Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Verächtlichmachung von Staatsverrichtungen, die vor einiger Zeit in einem Leitartikel über das Dreiklassenwahlrecht zum preussischen Landtag begangen sein sollte, eingeleitet. Nun hat der Staatsanwalt dem Genossen Rauch mitgeteilt, daß das Verfahren gegen ihn eingestellt worden ist. In Breslau, wo ein gleicher Artikel beanstandet ist, kommt es zur Verhandlung. —

Sozialdemokratische Senatoren will man in Göttingen nicht haben. Auch die zweite Senatorenwahl, die Wahl des sozialdemokratischen Fabrikarbeiters Jäger — Waltershausen, hat die Richtigkeit des Staatsministeriums nicht erhalten. Der frühere Reichliche Senator Heineke wurde von der Regierung als Senator und Vertreter des Bürgermeisters bestellt. Ueber die Wahl der Wahl des Bürgermeisters Heineke verläutet noch nicht.

Für das Fest des bayerischen Arbeiterkongresses das an den Festtagen in Regensburg stattfindet, hat die Gruppe magistrat Regensburg einen Zuschuß von 1000 Mark bei einem Festvortrag zur Verfügung gestellt. —

Bei der Strafmaßung kann als strafschwerend in Betracht die Bildung des Angeklagten und seine Stellung im öffentlichen Leben, sowie ferner der große Gewinn, den er aus seinem Geschäftsbetrieb geschöpft hat. Als Strafmaßungsgrund wurde angenommen, daß der Angeklagte nicht Stoffe seinen Weinen beigemischt hat, die geradezu gesundheitsgefährlich waren. Dem Vernehmen nach hat Reichs- tagsabgeordneter Carl von Scharf seinen Verteidiger beauftragt, Revision beim Reichsgericht gegen das Urteil anzumelden. — Nach einer andern Meldung lautete das Urteil auf 6000 Mark bzw. 6 Monate Gefängnis.

Ein Liebesdrama am Jahressende.
In der Osterstraße in Berlin suchte der 29-jährige Arbeiter Karl seine frühere Frau, die Kellnerin Elsa Kratauer, durch zwei Schüsse zu töten; dann richtete er die Waffe gegen sich. Während das Mädchen schwer verletzt wurde, verstarb Besse bald nach seiner Entlieferung in die Charité. Verschuldete Liebe war die Ursache der Tat.

Ein „sittenstrenger“ Streikbrecher.
Der Maurer Karl Eiserl aus Wiesbaden, der gern bei Streiks den Arbeitswilligen spielt, sonst aber der Arbeit aus dem Wege ging, hat seine eigne Frau in Bordelle in Karlsruhe und Mainz geschickt, um von ihrem Verdienst ein braves Leben zu führen. Er wurde dafür von der Strafkammer in Mannheim wegen Kuppelei und Substanz zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Eine „barmherzige“ Schwester.
Das Dresdner Landgericht verurteilte die Oberin des Dresdner Singenius-Kinderwaisenhauses, Ordensschwester Älitta, wegen gefährlicher Körperverletzung eines Kindes zu 100 Mark Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis.

Im Luftballon zum Nordpol.
Eine Nordpolexpedition im Luftschiff beschäftigt im Juli des laufenden Jahres der Amerikaner Walter Wellmann von Spitzbergen aus zu unternehmen. In Paris befindet sich gegenwärtig im Auftrage Wellmanns, der von einem amerikanischen Konsortium unterstützt wird, ein Luftschiff von 196 Fuß Länge und 49 Fuß Durchmesser im Bau, dessen Rauminhalt 228 000 Kubikfuß fassen wird. Das Luftschiff soll bis April fertig gestellt sein.

Literarisches.

Wir glauben unsern Lesern einen Gefallen zu erweisen, wenn wir ihre Aufmerksamkeit wiederholt auf den „Kosmos“ Gesellschaft der Naturfreunde (Sitz: Stuttgart) lenken. Diese Vereinigung hat den löblichen Zweck, die Kenntnis der Naturwissenschaften und damit die Freude an der Natur und das Interesse für ihre Entdeckungen in den weitesten Kreisen zu verbreiten — muß doch heute

jeder ein gewisses Maß von naturwissenschaftlicher Bildung besitzen, wenn er unsere Zeit überhaupt nur begreifen will! Mit welchem Erfolg die Gesellschaft ihrem schönen Ziele nachstrebt, beweist die Tatsache, daß die Mitgliederzahl jetzt beim Schluß des zweiten Jahrgangs schon das 14. Tausend erreicht hat. Für den geringen Jahresbeitrag von Mark 4.80 wird aber auch vorzügliches geboten: in 12 Heften das außerordentlich reichhaltige illustrierte Vereinsorgan „Kosmos-Handweiser“ und jeden zweiten oder dritten Monat ein statliches, fein ausgestatteter Band von ersten Popular-Schriftstellern wie Wölfe, Zell, Francee, Urania-Weber ufm. Alle diese Bücher, die sonst je 1 Mark kosten, sind leicht verständlich und fesselnd geschrieben und verwerfen, wie sich das von selbst versteht, die neuesten und sichersten Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung. Besonders begierig darf man auf die nächsten Bände: Francee, „Liebesleben der Pflanzen“ und Dr. Ament, „Die Seele des Kindes“ sein, welche letzteren eine Reihe der entzückendsten Naturaufnahmen beigegeben werden soll. Beitrittserklärungen zum „Kosmos“ nimmt jede Buchhandlung entgegen, und sie besorgt dann auch ohne weiteres die Ueberführung der Veranlassungen; ev. wende man sich direkt an den „Kosmos“, Gesellschaft der Naturfreunde“, in Stuttgart.

Nahrung und Ernährung! Unter diesem Titel erschien im Verlag der Buchhandlung Vorwärts das 8. Heft der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“. Es handelt vom Essen und Trinken, also von einem für Arbeiter sehr wichtigen Kapitel. Bei ungenügendem Ersatz des durch die Arbeit verbrauchten Körpermaterials geht der Ernährungszustand und damit die Arbeitskraft zurück. Ist es daher schon in normalen Zeiten für den Arbeiter von der größten Wichtigkeit, über den Nährwert der einzelnen Nahrungsmittel, ihre Zusammenfügung und zweckmäßige Zubereitung, über die Gesetze der Ernährung und des Stoffwechsels, über den Ausgabe- und Einnahmestand, den „Haushalt des Körpers“ aufgeklärt zu werden, so wird diese Erkenntnis unabwiesbar in der Zeit der Not und der allgemeinen Preissteigerung aller Lebensmittel. Mit dem allzu knapp bemessenen Lohn gilt es, nach Möglichkeit auszukommen, sich selbst und die Familie noch allenfalls ausreichend zu ernähren. Da muß man wissen, in welchem Verhältnis sich die einzelnen Nahrungsmittel und Nahrungsmittel einander vertreten und ersetzen können. Diese Kenntnis und die Einführung zu vermitteln, ist die Aufgabe der vorliegenden Broschüre, welche durch eine farbige Tafel über den Nährwert der wichtigsten Nahrungsmittel noch einen besonderen Wert erhält. Die Broschüre, in allen Parteiluchhandlungen erhältlich, kostet 20 Pf. Bei dieser Gelegenheit erinnern wir noch an die bereits früher erschienenen Hefte der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“, die in allgemeiner verständlicher Weise die einzelnen Gebiete der Gesundheitspflege behandeln. Jedes Heft ist für sich abgeschlossen, ein Verzeichnis der einzelnen Hefte liefert auf Wunsch jede Parteiluchhandlung.

Vereins-Kalender.

Neue Neustädter Arbeiter-Gefangverein. Dienstag den 2. Januar 11 Uhr.
Burg. Gefangverein Vorwärts. Mittwoch den 3. Januar 11 Uhr.
Kriegsverein bei R. Jaffe, Holzstr.

Briefkasten.

A. D. Wir können Ihnen solche Adressen leider nicht nennen.

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

Rhein, Elbe und Moldau.		Rhein		Elbe		Moldau	
30. Dez.	+ 0.12	31. Dez.	+ 0.06	0.06	—	—	—
Jan.	+ 0.09	—	— 0.04	0.13	—	—	—
Budweis	+ 0.01	—	—	—	—	—	—
Prag.	+ 0.21	—	+ 0.10	0.11	—	—	—
Anstalt und Saale.		Anstalt		Saale		Saale	
31. Dez.	+ 1.25	1. Jan.	+ 1.15	0.05	—	—	—
Weißensfels Untp.	+ 0.58	—	+ 0.70	0.02	—	—	—
Trotha	+ 2.36	—	+ 2.36	—	—	—	—
Mölsdorf	+ 2.10	—	+ 2.10	—	0.04	—	—
Fernburg	+ 1.65	—	+ 1.62	—	—	—	—
Calbe Dörppegel	+ 1.72	—	+ 1.76	—	0.04	—	—
Calbe Unterppegel	+ 1.38	—	+ 1.42	—	0.06	—	—
Milde.		Milde		Milde		Milde	
31. Dez.	+ 1.02	1. Jan.	+ 1.02	—	—	—	—
Elbe		Elbe		Elbe		Elbe	
30. Dez.	+ 0.02	31. Dez.	+ 0.07	—	0.05	—	—
—	+ 0.02	—	—	—	—	—	—
—	— 0.03	—	— 0.13	0.04	—	—	—
—	— 0.03	—	— 0.05	0.02	—	—	—
31. Dez.	+ 0.20	1. Jan.	—	—	—	—	—
Dresden	+ 1.10	—	— 1.24	0.14	—	—	—
Lurgau	+ 1.12	—	+ 1.00	0.12	—	—	—
Wittenberg	—	—	—	—	—	—	—
Hofbau	+ 1.71	—	+ 1.63	0.08	—	—	—
Harth	+ 2.10	—	+ 2.08	0.02	—	—	—
Schubbed	—	—	—	—	—	—	—
Magdeburg	+ 1.75	1. Jan.	+ 1.70	0.05	—	—	—
Langebrunn	+ 2.30	2. Jan.	+ 2.72	0.08	—	—	—
Wittenberg	—	—	+ 2.47	—	—	—	—
Wieda-Ödmitz	+ 1.99	—	+ 2.00	—	0.01	—	—
Lauenburg	+ 1.93	—	—	—	—	—	—

Unsere werten Kunden, Freunden und Bekannten

die herzlichsten Glückwünsche zum neuen Jahre!

Herm. Zinke | Otto Zinke
Schöningerstr. 32. | Langeweg 58.

Meinen werten Kunden zum Jahreswechsel

die herzlichsten Glückwünsche.

Adolf Karste, Barbier
Magdeburg-Neustadt, Wasserkruststraße Nr. 5.

Die Lederhandlung und Pantinenfabrik von

G. Arnold, Sudenburg
Halberstädterstr. 110 b

sendet seiner werten Kundschaft und allen Bekannten die herzlichsten Glückwünsche zum Jahreswechsel!

Friedrich Gohr, Adolf, S. des Butterhändlers Adolf Wenzel, Otto, S. des Klebers Otto Schalkau, Gertrud, T. des Postassistenten Otto Hofe, Karl, S. des Kaufm. Karl Hauke, Wilhelm, S. des Arbeiters Hermann Ritsche, Walter, S. des gepr. Lokomotivheizers Max Wandel

Todesfälle: Anna, T. des Maters Friedrich Elze, 3 M. 4 T. S. des Klebers Otto Schalkau, Ehefr. Johanne Tahl geb. Hjerse- leben, 82 J. 6 M. 1 T.

Sabbe.
Vom 16. bis 31. Dezember.
Aufgebote: Klempner Franz Wawerla mit Emma Wolf, beide in Fernerleben.
Eheschließungen: Kessel- schmid Wilhelm Palm mit Dorothee Wilhelm geb. Arlt, Fleischermeister Franz Ritsche in Burg b. M. mit Frida Leonhard in Fernerleben Arbeiter Otto Böwe mit Martha Hähle, beide in Fernerleben. Wäde Otto Werner mit Emma Jäger, beide in Fernerleben. Vater Friedrich Duvigneau mit Anna Steinbräcker, beide in Fernerleben.

Geburten: Helene Elisabeth T. des Arbeiters Christian Bei- hier, Erna Martha Emma, T. d. Mobilienhändlers Paul Reinhard Fernerleben, Karl August Fr. S. des Wäders Richard Otto Fernerleben, Lucie Dora, T. d. Schuhmachers Gustav Wölle hi Fernerleben, Lucie Martha Lina, T. des Forme- Karls Henze in Fernerleben. Selb- pulda Ella, T. des Arb. Wilhelm Schröder in Fernerleben. J. Lucie Erna, T. unehel. in Ferner- leben, Hedwig Martha, T. d. Schlossers Gustav Dittmar hier, Friedrich Wilhelm Hermann, S. des Formers Heinrich Rosenthal in Fernerleben, Elsa Meta, T. unehel. hier, Erna, T. des Schlossers Heinrich Weidhoff hier, Willi Her- mann Richard, S. des Schmieds Hermann Hensel in Fernerleben, Johann, S. des Arbeiters Franz Franzel hier, Margarete Elise Ida, T. des Schlossers Maximilian Wittkau hier, Richard Hermann Otto, S. des Arbeiters Hermann Riedel in Fernerleben.

Todesfälle: Agnes, T. des Arb. Johann Grodtki in Ferner- leben, 4 J. 8 M. 25 T.

Schönebeck.
Aufgebote: Zimmermann Ernst Rütke mit Emma Grünwald.
Eheschließung: Oberpost- sekretär Wilhelm Hedlos in Burg- stadt mit Wola Wendenburg hier.
Geburten: Erich, S. des Fabrikarbeiters Hermann Höyer, Karl, S. des Fabrikarbeiters Karl Reifner, Walter, S. des Fabrik- arbeiters David Brösel, Gertrud, T. des Eisenbahnarbeiters Franz Schulz, Alfred, S. des Fabrikarb. Franz Lindner, Franz, S. des Buchdruckers Aug. August, Wilhelm, S. des Formers Wilh. Schröder.
Todesfälle: Fabrikarb. W. Lieb Mittel, 56 J.

Stafffurt.
Aufgebote: Schuhmacher Schröder mit Helene Rapp, Bäckermeister Karl Mertens mit Emma Venede in Wier- chen.
Eheschließung: Eduard Buhmann mit Helene Peinert geb. Schoof.
Geburten: S. d. Bergmanns Peter Wera, S. des Arb. Claus, S. des Kesselarb. W. Wittenberg, S. unehel. Arbeiter Otto Fickel-

Allen unsern lieben Gästen, Freunden und Bekannten zum Jahreswechsel

die herzlichsten Glückwünsche.

Jul. Cäsar u. Frau, Lemsdorf
„Zum deutschen Kaiser“.

Unsere werten Kundschaft

zum Jahreswechsel die besten Glückwünsche!

Fleischermeister Fr. Mehlhorn und Frau.

Geburten: Margarete, T. des Herren- u. Damenschneiders Gustav Bemsjäger, Adolf, S. des Musikers Adolf Klauke, Gertrud, T. des Feuermanns Christ. Kabe, Willi u. Marie, Zwillingst. des Kernmach. Max Schulze.
Todesfälle: Gisbeth, T. des Schneidermeisters Georg Diegmann, 1 M. 28 T.

Buckau, 30. Dezember.
Eheschließungen: Nachtmachmann Max Köntopp mit Marie Steppat geb. Peters, Former Joh. Rompa mit Martha Kluge.
Geburten: Ernst, S. des Fleischermeisters Karl Meyer, Lucie T. des Schlossers Ernst Selle, Gisbeth, T. des Arb. Friedrich Hoffmann.

Neustadt, 30. Dezember.
Eheschließungen: Arbeiter Herm Schulz mit Agnes Schweig, Arb. Wilh. Hopfgarten mit Wilhelmine Höbbel.
Geburten: Erna, T. des Arb. Herm. Neuer, Margarete Ida Elise, unehel. Adolf, S. des Tischlers Adolf Lüdemann, Erich, S. des Zimmerm. Herm. Schmidt, Herta, T. des Kesselschmieds August Lüder, Erich, T. des Arb. Wilh. Weber, Erich, S. des Telegr.-Borarbeiters Erhard Lehmann.
Todesfälle: Friederike geb. Franke, Ehefr. des Privatm. Christian Dannehl, 58 J. 2 M. 1 T.

Cracau.
Geburten: Frida Johanne, T. des Arb. Gustav Herm. Friedr. Schulte, Walter Friedrich Albert, S. des Eisenbahnarbeiters Walter Friedr. Meichel, Marie Frida, T. des Arb. August Franz Wufowski.
Todesfälle: Auguste Thurmeyer geb. Suhe, 62 J. 4 M. 12 T. Marie Görge, 57 J. 9 M. 29 T. Gustav Hermann Müller in Prester, 1 J. 4 M. 18 T.

Niederleben.
Eheschließungen: Bergm. Karl Hartmann mit Wilhelmine Weber, Tischler Robert Sagebaum mit Emma Barthel, Fabrikarbeiter Gustav Haß mit Wwe. Meta Zinke geb. Waase.
Geburten: S. des Bergmanns Herm. Bauer, S. des Metallbilders Herm. Kneuder, S. unehel. T. Wittenberg, S. unehel. Arbeiter Otto Fickel-

Meinen werten Gästen, Freunden und Bekannten

ein fröhliches neues Jahr!

Fr. Lehrling
Martinstraße 5.

Allen meinen Gästen, Freunden und Bekannten zur Jahreswende ein

Diesdorf. fröhliches Prosit Neujahr!

Otto Köppe u. Frau.

Unsere geehrten Abonnenten, welche die

„Neue Welt“

— Jahrgang 1905 —

einbinden lassen wollen, werden ersucht, uns bis zum 15. Januar 1906 Nachricht zu geben.

Buchhandlung Volksstimme
49 Jakobstraße 49.

Allen meinen werten Bekannten und Geschäfts- freunden wünsche ein

fröhliches, glückliches neues Jahr!

Willi Leppler, Druckfabrik.

Meinen werten Gästen, Freunden und Bekannten

herzliche Glückwünsche zum neuen Jahre!

J. Behrendt und Frau.

Die herzlichsten Glückwünsche zum Jahreswechsel

sendet allen werten Gästen, Freunden und Bekannten

Otto Danke, „Dreikaiserbund“
Große Eisenstraße 7.

Standesamt.
Magdeburg, 30. Dezember.
Aufgebote: Proturist Hans Straß in Rotterdam mit Elise Raß- haus hier, Arbeiter Otto Wilhelm Blod in Stendal mit Anna Friederike Albertine Schulz in Vellau, Maurer Otto Wilhelm Reinhardt in Langen- weddingen mit Marie Dorothee Brünning in Borne, Postassistent Berner Walter hier mit Emma Radede in Emerleben, Regierungs- baumeister Gustav Lindhardt hier mit Maria Venhardt in Breslau.
Eheschließungen: Arbeiter- Gärtner Otto Lehmann mit Clara Schmidt, Kaufmann Erich Wendler mit Martha Obermeyer, Bizefeld, webel Albert hier mit Amanda Höpfner, Eisenbahn-Arbeiter Otto Spitzschka mit Minna Gauer, Müller Gustav Otto mit Berta Wigle geb. Seidel.
Geburten: Eva, T. des Eisen- hahn-Sekretärs Albert Einhaus, Otto, S. des Postassistenten Otto Zimmermann, Karl Heinz, S. des Oberleutnants Karl Tippenhauer, Felix, S. des Zugschneiders Markus Käbge, Irngard, T. des Steiner- aufsehers Louis Heidebrecht, Martha, T. des Hausdieners Thilo Heide, Erna, T. des Eisen-Regenarbeiters

Trauer-Hüte
Blusen, Kostümstücke
Krepp, Flor etc.
in größter Auswahl
Lange & Münzer
51a Brühlweg 51a

Meinen werten Kundschaft sowie Freunden und Bekannten zum Jahreswechsel

die besten Glückwünsche!

Wäh. Hagendorf, Fährstr. Oberstr. 12.

Todesfälle: Agnes, T. des Arb. Johann Grodtki in Ferner- leben, 4 J. 8 M. 25 T.

Schönebeck.
Aufgebote: Zimmermann Ernst Rütke mit Emma Grünwald.
Eheschließung: Oberpost- sekretär Wilhelm Hedlos in Burg- stadt mit Wola Wendenburg hier.
Geburten: Erich, S. des Fabrikarbeiters Hermann Höyer, Karl, S. des Fabrikarbeiters Karl Reifner, Walter, S. des Fabrik- arbeiters David Brösel, Gertrud, T. des Eisenbahnarbeiters Franz Schulz, Alfred, S. des Fabrikarb. Franz Lindner, Franz, S. des Buchdruckers Aug. August, Wilhelm, S. des Formers Wilh. Schröder.
Todesfälle: Fabrikarb. W. Lieb Mittel, 56 J.

Stafffurt.
Aufgebote: Schuhmacher Schröder mit Helene Rapp, Bäckermeister Karl Mertens mit Emma Venede in Wier- chen.
Eheschließung: Eduard Buhmann mit Helene Peinert geb. Schoof.
Geburten: S. d. Bergmanns Peter Wera, S. des Arb. Claus, S. des Kesselarb. W. Wittenberg, S. unehel. Arbeiter Otto Fickel-

an Toten acht Soldaten, einen Feldwebel, schwer verwundet wurde der Oberst von Eiter. Nahe bei Moskau wurden zwei Maggones abgefaßt, die 3000 Gewehre, 500 Säbel und eine Masse Patronen aus dem Ausland enthielten. Der Begleiter der Konterbande wurde verhaftet.

Ein anderer Bericht besagt:

Das Haus Kupshinski im Stadtteil Presna, in welches sich viele russische Geflüchtete hatten, wurde mit Sturm genommen. Eine furchtbare Kanonade begann darauf. Die Fabrik von Schmidt, in welcher sich das Hauptquartier der russischen Besatzung befand, wurde samt den Nachbarhäusern in Brand geschossen. Einige der Revollierenden kamen in den Klammern um. Auch andre Häuser wurden von der Artillerie in Trümmer geschossen, da die russischen, welche sie besetzt hatten, es ablehnten, sich zu ergeben. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen und 17 Offiziere und 49 Soldaten verwundet.

Auch in diesen Berichten ist Wahrheit noch stark mit Dichtung gemischt. Die Dichtung weidet sich aber gegen die Revolutionäre.

Zimmerlin, es ist durch sie festgestellt, daß am Montag noch in Moskaus Straßen gekämpft wurde, gekämpft mit der Fähigkeit, der Ausdauer und dem Todesmut, der die Reihnen der Freiheitshelden am vierten und fünften Tage ausgezeichnet hatte. Wer will da heute sagen, wie der Kampf ausgehen wird? Wenn es selbst gelänge, die Waffenruhe zu erzwingen — würde nicht gerade ein solcher Ausgang die Revolution viel mehr befähigen, als es ein lokaler Sieg zu tun vermöchte.

Wie dem auch immer sei, eine achtstägige Straßenschlacht ist in der bisherigen Revolutionsgeschichte etwas Unerhörtes, nie Erlebtes. Und am achten Tage kann der reaktionäre Telegraph noch nicht einmal ein Wort über die Ermüdung der Freiheitskämpfer melden. Wieviel Heroismus ist in diesen Tagen von den Namenlosen aufgebracht worden, deren Leichen nun in Moskaus Straßen unerkannt und zerstückelt der Bestattung warten! Wahrlich, wie groß werden die Menschen, wenn ein großes Ziel sie emporhebt weit, weit über alle Grenzen des Alltags!

Letzte Nachrichten.

* Petersburg, 31. Dezember. Die Revolution in Livland und Estland breitet sich immer noch aus. In der Nähe von Dorpat hat sich nach leitlichem Vorbilde ein Revolutionskomitee gebildet mit einem Lehrer an der Spitze. 200 Bauern nahmen Schloß Kasnitz. Da viele Güter Stillschanden verbrannt und zerstört sind oder sich in den Händen der Revolutionäre befinden, ist das Militär vom Lande in die Städte zusammengezogen. Jetzt flüchtet alles, Besizer, Geistliche und Gutsvorwahrer, nach Riga, um nicht ermordet zu werden, da auf dem Lande absolut kein Schutz vorhanden ist. Die Herren — so läßt sich die Scherpreffe telegraphieren — die dem Verstande des Selbstschutzes angehören, befinden sich in gefährlicher Lage. Sie müssen oft falsche Härte und Verleiden anlegen, da die Revolutionäre sie photographieren und ihnen Rache schwören.

* Kiew, 31. Dezember. Der Telegraphenverkehr mit Moskau, Poltawa und dem Kaukasus ist immer noch unterbrochen. Die Ugarbewegung hat sich über 20 Gouvernements ausgebreitet.

* Petersburg, 2. Januar. Die Sage von Nischiza (Stadt im Gouvernement Witebsk, Livland), ist recht kritisch. 4000 gut bewaffnete Leuten marschieren heran. Gestern wurde eine Deputation aus Nischiza vom Minister Durnowo empfangen, der auf ihre Bitte um Hilfe antwortete: „Bewaffnet Euch, verteidigt Euer Eigentum selbst!“ Dabei sind die Bewohner Nischizas vor kurzem auf Weisung Durnowos entwaffnet worden.

Hd. Petersburg, 2. Januar. Die Regierung erhielt von Moskau die Nachricht, daß einige Führer der dortigen revolutionären Bewegung sich nach Petersburg gewendet hätten. Infolgedessen werden sämtliche Bahnhöfe scharf bewacht.

Hd. Wien, 2. Januar. Der „Neuen Fr. Pr.“ wird aus Kiew gemeldet, daß dort gestern nachmittags eine große Anzahl von Schulkindern verhaftet worden sind. Die Kinder wurden wie Verbrecher in Einzelhaft aufgestellt. Aus den umliegenden Dörfern von Kiew werden antijemische Erzeugnisse gemeldet.

Hd. Kiew, 2. Januar. Bei Schmirnka beschlagnahmten Kosaken eine große für die Revolutionäre bestimmte Sendung von Patronen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 2. Januar 1906.

Das Wachstum der Bevölkerung Magdeburgs und der näheren Umgebung.

Vom Direktor des städtischen Statistischen Amtes, Herrn Dr. Landsherg, ist soeben eine kurze Darstellung über das Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 erschienen, die unsere Aufmerksamkeiten über das gleiche Thema, die wir kurz nach der Zählung veröffentlichten, bestätigt und ergänzt. Wir geben aus dieser amtlichen Darstellung einiges wieder:

Die Stadt Magdeburg hatte nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 229 667 Einwohner, am 1. Dezember 1905 249 709, so daß eine Zunahme von 11 042 = 4,81 Prozent zu verzeichnen ist. In den Dörfern der Umgebung stellte sich die Einwohnerzahl: Fernerleben im Jahre 1900: 4245, 1905: 5180, mehr 935 = 22,03 Prozent. Salze 1900: 2985, 1905: 3978, mehr 992 = 33,22 Prozent. Wetzlarhöfen 1900: 3823, 1905: 4501, mehr 678 = 17,73 Prozent. Gemüddorf 1900: 811, 1905: 2311, mehr 1500 = 184,96 Prozent. Groß-Dittersleben 1900: 7668, 1905: 7374, weniger 294 = 3,83 Prozent. Klein-Dittersleben 1900: 1939, 1905: 1936, weniger 3 = 0,15 Proz. Benneckenbeck 1900: 1082, 1905: 1839, mehr 757 = 69,96 Prozent. Dießdorf 1900: 2671, 1905: 2840, mehr 169 = 6,33 Prozent. Odenstedt 1900: 4182, 1905: 4341, mehr 159 = 3,80 Prozent. Gendorf 1900: 1033, 1905: 1056, mehr 23 = 2,25 Prozent. Varleben 1900: 4105, 1905: 4055, weniger 50 = 1,22 Prozent. Röhrensee 1900: 1241, 1905: 1342, mehr 1 = 0,08 Prozent. Biederitz 1900: 1905, 1905: 2045, mehr 140 = 7,35 Prozent. Cracau 1900: 3912, 1905: 4431, mehr 519 = 13,27 Prozent. Pörsdorf 1900: 936, 1905: 918, weniger 18 = 1,92 Prozent. Die Gemeinden in der Umgebung von Magdeburg zählten insgesamt 1900: 42 539, 1905: 49 047, mehr 6508 = 12,95 Prozent, Magdeburg und seine Umgebung zusammen 1900: 272 206, 1905: 288 756, mehr 16 550 = 6,08 Prozent.

Die Zunahme der Bevölkerung war im Jahresanfange 1900/05 in Magdeburg sehr gering; in der Reihe der Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern, deren Zahl nach der Volkszählung auf 41 angewachsen ist, steht Magdeburg mit seiner Zunahme von 4,81 Prozent erst an 38. Stelle und geringer war das Wachstum nur noch bei Altona, Elberfeld und Breslau.

Die Beziehung der Zunahme in den Ueberflus der Geburten über die Sterbefälle und die Differenz der Zu- und Abzüge zeigt für Magdeburg folgende Zahlen:

Volkszählungsperiode	1890/95	1895/1900	1900/05
Zunahme absolut	12 190	15 243	11 042
Zunahme in Prozent	6,03	7,11	4,81
Geburtenüberschuss	14 418	14 175	11 803
Differenz der Zu- und Abzüge	- 2 228	+ 1 068	- 261

Die Zugänge haben sich also im letzten Jahresanfange mit den Abzügen in der Endsumme ungefähr ausgeglichen; das Ergebnis ist um 1929 ungünstiger als fünf Jahre vorher, aber immer noch um fast 2000 höher als 1890/95, während die Periode von 1895/90 ein Mehr der Zugänge von 29 037 zeigt. Der Geburtenüberschuss war aber in der letzten Periode trotz der größeren Bevölkerung um rund 3000 niedriger als in der vorigen; der starke Rückgang der Geburten hat es also in erster Linie verschuldet, daß die Zunahme geringer ausgefallen ist als in den beiden vorhergehenden Perioden. Dabei entfällt der größere Teil des Geburtenüberschusses noch auf die ersten Jahre der Periode, während im Durchschnitt der letzten beiden der Geburtenüberschuss bis auf 1823 zurückgegangen ist.

Eine Untersuchung der Zunahme bei den beiden Geschlechtern zeigt, daß beim männlichen Geschlecht seit 1899 vorzugsweise die Abwanderung überwiegt, während das weibliche in allen drei Perioden ein, wenn auch nicht sehr beträchtliches Plus der Zugänge aufweist. Demgemäß hat sich auch das Verhältnis der beiden Geschlechter seit 1890 außerordentlich verschoben. Während damals noch das männliche Geschlecht überwiegt, ist seither, trotz der starken Garnison, der Anteil der Frauen stets höher gewesen und von Zählung zu Zählung ständig gestiegen. Der Anteil des männlichen Geschlechts betrug in Prozenten 1890 50,94, 1895 49,80, 1900 49,60, 1905 49,19.

Trotz der geringen Veränderung der Einwohnerzahl hat die innere Entwicklung der Bevölkerung nicht stillgestanden. Dies zeigt das Wachstum der Haushaltungen, welche (ohne Schiffsbewohner usw.) von 53 846 im 1900 auf rund 58 500 im 1905 zugenommen hat, also um 8,6 Prozent, d. h. fast doppelt so stark als die Bevölkerung. Da die Haushaltungen stärker zugenommen haben als die Bevölkerung, so folgt, daß die durchschnittliche Personenzahl der Haushaltung zurückgegangen sein muß. Im Durchschnitt entfielen auf jede Wohnung 1890 noch 4,26 Bewohner, 5 Jahre später war diese Zahl auf 4,15, 1900 auf 4,08 zurückgegangen. Die Durchschnittszahl für 1905 beträgt etwa nur 3,92.

Schon aus der stärkeren Zunahme der Haushaltungen folgt, daß für die geringe Bevölkerungszunahme der Stadt durchaus nicht etwa eine stärkere Abwanderung nach den Vororten von ausschlaggebender Bedeutung sein kann. Denn eine solche würde zweifellos gerade bei den Familien, also bei den Haushaltungen, besondere Verminderung hervorgerufen. Es zeigt sich zwar, daß einzelne Vororte, namentlich Leimbörsch, verhältnismäßig erheblich zugenommen haben, daß aber bei anderen Gemeinden auch nur geringe Zunahme, ja sogar auch Abnahme der Bevölkerung (z. B. bei dem größten Vorort Groß-Dittersleben) eingetreten ist.

**In jedes Arbeiterheim
das Arbeiterblatt!**

Werbt der
7

— Von „politischer Ethik“ handelt der diesjährige Jahresartikel der „Magdeb. Ztg.“. „Wir“ — so klagt das nationalliberale Blatt — „haben in unserem politischen Leben a) zuviel Agitatoren und allzuwenig Pädagogen, b) zuviel Volkspädagogen, oder politische Philosophen — Männer, die die Politik vom Standpunkt der ethischen Erziehung des Volkstums aus betreiben, die es ihre Sorge sein lassen, das sittliche Gewissen aller politischen Arbeit wahrzunehmen, und auf die sittlichen Endzwecke aller Politik immer wieder mit allem Nachdruck hinzuweisen.“ Das ist eine treffende Bewertung der politischen Arbeit der Nationalliberalen, die das Dreiklassenwahlrecht als ein Kränklein Nihilismus betrachten und bei der Berggipfelsnobelle im Landtag, der Zollgesetzgebung im Reichstag und zahlreichen andern Gelegenheiten gezeigt haben, daß ihr politischer Endzweck alles andre, nur nicht sittlich ist. Das gibt sogar die „Magdeb. Ztg.“ zu, denn sie läßt nur fort: „Wir denken dabei durchaus nicht an die Arbeiterklassen und die Agitatoren der sozialdemokratischen Partei. (Wie gnädig von der Magdeburgerin!) Der Klassenegoismus in seiner ganzen Kraft und Unbedenklichkeit ist leider auf manchen Seiten der führenden Stände ebenjogut oder noch mehr zu Hause, wie in den unteren Ständen. Auch hier gibt man sich kaum Mühe, ihn zu beschönigen. In unheilvoller Verblendung vergißt man, daß notwendig dieser Egoismus auf das Volksganze ebenso desorganisierend wirkt und den Organismus in Atome zerreißt, wie er es im Gemeinleben des einzelnen Menschen tut. Egoismus hüben und Egoismus drüben — es ist gewissenloser Raubbau auf dem besten Acker unsres Volkstums.“

Der Artikel schließt mit den Worten: „Möchte uns das neue Jahr in der Erkenntnis föhden, daß der Egoismus, in welches Gewand er sich auch kleidet, ein Frevel am Volkstum ist, und daß jede heilsame Politik damit beginnt, daß sie dem Ganzen sich dienend unterordnet!“ Die „Magdeb. Ztg.“ hat bald Gelegenheit, wenn die Bewegung gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht, dieses trassige Symbol des Klassenegoismus, höhere Wesen jähligt, zu zeigen, ob es ihr Ernst mit ihrer Silberpredigt war.

— **Standesamt.** Dem bisherigen Standesamtsbezirk „Magdeburg“ ist ab 1. Januar der Name „Magdeburg-Altstadt“ beigelegt worden. Ferner werden von diesem Zeitpunkt ab alle Häuser, die die Bezeichnung Pionier-

straße und ... dem amtsbezirk Magdeburg-Neustadt, dagegen ganze Sandtorstraße, die Böttcherstraße, die ganze Straße, die Hohepoststraße südlich von ... die südlich der Pionierstraße liegenden Häuser, die Straße dem Standesamtsbezirk Magdeburg zugeteilt.

— Eine für die Steuerzahler angenehme Botschaft wird der „Magdeb. Ztg.“ von einer Seite übermittelt, die an der Vorbereitung der Einzelrats in den Ausschüssen beteiligt ist. Die Steuerverhältnisse in unsrer Stadt seien derart, daß weder bei der Einkommensteuer noch bei den Realsteuern für das Etatsjahr 1906 bis 1907 Erhöhungen der Kommunalzuschläge zu erwarten sind. Es sei aber geboten, auf allen Gebieten der städtischen Verwaltung die größte Sparsamkeit walten zu lassen.

Die Zuschläge im laufenden Jahre betragen: bekanntlich bei der Einkommensteuer 140 Prozent, bei der Gebäude-, Grund- und Gewerbesteuer 180 Prozent und bei der Betriebssteuer 90 Prozent. Selbstverständlich wird sich niemand darüber grämen, wenn diese Erhöhungen erfolgen. Aber die Steuerpolitik, die allen über die Ausgaben Absprache macht, notwendige Ausgaben auch wohl ganz unterstellt, bloß um ein paar Prozente Einkommensteuer zu sparen, erscheint uns durchaus nicht im Interesse der Stadt liegend. Jedenfalls hat die Arbeiterklasse keine Ursache, die Steuerseuer der Bestehenden zu unterstützen, denn die Anwendung des Prinzips „größter Sparsamkeit“ erfolgt gewöhnlich bei solchen Ausgaben, die gerade die Arbeiterklasse betreffen. Es mag weiter daran hingewiesen sein, daß auch vor zwei Jahren vor der Etatsberatung das Lied von der Sparsamkeit gesungen wurde, wenn Steuererhöhungen verhütet werden sollten. Die Folge davon war, daß ein paar Monate später Herr Reimar einen Bombenüberschuß ankündigen konnte. Aber den sich gewiss niemand gegärt hat, der uns aber doch meinet, die Sparsamkeit nicht zu weit zu treiben. Der Vorgang vom Jahre 1904 könnte sich sonst leicht wiederholen.

— Herr Charles Comte, der zweite stellvertretende Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung, erklärt in der „Magdeb. Ztg.“, er werde eine Wiederwahl nicht mehr annehmen und habe diesen Entschluß auch bereits an „mögligester Stelle“ zum Ausdruck gebracht. Diese Ankündigung erinnert einigermaßen an die Fabel vom Fuchs und den Trauben. Herr Comte erwies sich im vorigen Jahre, als das Geschick ihn einmal auf eine Stunde mit der Leitung der Verhandlungen im Stadtparlament betraute, als ein Mann von so hervorragender Uge und Geschicklichkeit, daß er wohl in diesem Jahre glatt durchgefallen wäre. Er zieht es vor, sich vor dem Durchfall zu schützen, indem er auf die Ehre verzichtet, fernerhin dem Bureau der Stadtverordneten-Versammlung anzugehören. Da die Ungeschicklichkeit des Herrn Comte mit einer unübertrefflichen Schärfe getragenen Parteilichkeit gegen die sozialdemokratischen Stadtverordneten paart, werden wir die letzten sein, die es

— **Umschiffungsverkehr.** Nach einer Bekanntmachung des Oberpräsidenten sind die im Oktober v. J. erfolgten politischen Bestimmungen über den Umschiffungsverkehr im Zuge der Elbbrücke bei Wittenberge jetzt aufgehoben worden. Die Umschiffungsarbeiten der Dreifürde sind jetzt beendet worden.

— **Umschiffungsverkehr.** Nach einer Bekanntmachung des Oberpräsidenten sind die im Oktober v. J. erfolgten politischen Bestimmungen über den Umschiffungsverkehr im Zuge der Elbbrücke bei Wittenberge jetzt aufgehoben worden. Die Umschiffungsarbeiten der Dreifürde sind jetzt beendet worden.

— **Umschiffungsverkehr.** Nach einer Bekanntmachung des Oberpräsidenten sind die im Oktober v. J. erfolgten politischen Bestimmungen über den Umschiffungsverkehr im Zuge der Elbbrücke bei Wittenberge jetzt aufgehoben worden. Die Umschiffungsarbeiten der Dreifürde sind jetzt beendet worden.

— **Umschiffungsverkehr.** Nach einer Bekanntmachung des Oberpräsidenten sind die im Oktober v. J. erfolgten politischen Bestimmungen über den Umschiffungsverkehr im Zuge der Elbbrücke bei Wittenberge jetzt aufgehoben worden. Die Umschiffungsarbeiten der Dreifürde sind jetzt beendet worden.

— **Umschiffungsverkehr.** Nach einer Bekanntmachung des Oberpräsidenten sind die im Oktober v. J. erfolgten politischen Bestimmungen über den Umschiffungsverkehr im Zuge der Elbbrücke bei Wittenberge jetzt aufgehoben worden. Die Umschiffungsarbeiten der Dreifürde sind jetzt beendet worden.

— **Umschiffungsverkehr.** Nach einer Bekanntmachung des Oberpräsidenten sind die im Oktober v. J. erfolgten politischen Bestimmungen über den Umschiffungsverkehr im Zuge der Elbbrücke bei Wittenberge jetzt aufgehoben worden. Die Umschiffungsarbeiten der Dreifürde sind jetzt beendet worden.

— **Umschiffungsverkehr.** Nach einer Bekanntmachung des Oberpräsidenten sind die im Oktober v. J. erfolgten politischen Bestimmungen über den Umschiffungsverkehr im Zuge der Elbbrücke bei Wittenberge jetzt aufgehoben worden. Die Umschiffungsarbeiten der Dreifürde sind jetzt beendet worden.

— **Umschiffungsverkehr.** Nach einer Bekanntmachung des Oberpräsidenten sind die im Oktober v. J. erfolgten politischen Bestimmungen über den Umschiffungsverkehr im Zuge der Elbbrücke bei Wittenberge jetzt aufgehoben worden. Die Umschiffungsarbeiten der Dreifürde sind jetzt beendet worden.

— **Umschiffungsverkehr.** Nach einer Bekanntmachung des Oberpräsidenten sind die im Oktober v. J. erfolgten politischen Bestimmungen über den Umschiffungsverkehr im Zuge der Elbbrücke bei Wittenberge jetzt aufgehoben worden. Die Umschiffungsarbeiten der Dreifürde sind jetzt beendet worden.

Letzte Nachrichten.

Hd. Berlin, 2. Januar. Wie das „Meine Zukunft“ nun gut unterrichteter kolonialer Seite erfährt, wird der neue Reichspräsident nach Berlin befohlene Gouverneur von Kamerun v. Puttkamer, auf seinen alten Posten nicht mehr zurückkehren, auch sonst in Kolonialdingen keine Betätigung mehr finden. Puttkamer wird Ende Januar in Berlin eintriften und sich sofort über seine Regierungsmassnahmen zu verantworten haben. Das gegen ihn eingeleitete Disziplinarverfahren wird im Reichstag noch ein Nachspiel haben.

Hd. Berlin, 2. Januar. Generalleutnant v. Polke ist an Stelle des ausgeschiedenen Generalobersten Grafen Scheller zum Chef des Generalstabes der Armee ernannt worden.

Siegfried Lohm

Webererei-Waren

58 Breiteweg 58

Von wirklicher Bedeutung für **Armen**

Mittwoch den 3. Januar 1906

beginnt mein

Waren-Räumungs-Verkauf!

Aufsehererregend billige Angebote!

Magdeburg-1

Gewinnen!
größte Auswahl, die billigsten Preise, in aufmerksamsten Gebieten
Gottschalk (Inhaber: J. Floss)
hönebeckerstrasse 107.

Gute Gesundheit verleihen
echter Bienenhonig Pfd. 80 Pf.
ff. Feuchel-König Flasche 30 Pf.
ff. aromatischer Nährsalz-
reicher Rübensaft Pfd. 23 Pf.
ff. Pflanzenmilch Pfd. jeht 16 Pf.
Karamell-Malzextrakt, sehr
nährhaft 5 Flaschen 65 Pf.
Cafemalz-Kakao Paket 30 Pf.
Thalissa-Cafegries, besser
als Instantmehl 1/2 Pfd. Paket 25 Pf.
Eichel-Malzaffee Pfd. 40 Pf.
Georg Gerding
Schönebeck, Bahnhofstraße.

Biel Geld
erhält man auf jede Werksache.
Leihhaus
Adolph Michaelis
Apfelstraße 16, I.
Neu! Vollständig diskrete
Abfertigung. 3302
Privat-Kontor. Zins-
ermäßigung.
Fernsprecher 2322.

Meiner werthen Kundschaft zur gef. Nachricht, daß ich mein Geschäft
am 3. Januar von Schöningerstraße 33/34 nach
6 Lutherstrasse 6
verlege, und bitte um ferneres Wohlwollen.
Gleichzeitig wünsche meinen Kunden, Freunden und Bekannten ein
glückliches neues Jahr!
Hochachtungsvoll
Adolf Newy, Fleischermeister, Sudenburg, Lutherstrasse 6.

Frauen
zum Ansehen von Prospekten für den ganzen Tag
bei gutem Service gesucht. Meldungen täglich von
9-12 und 3-6 Uhr
Breiteweg 184!

Man kauf. bei Sendg. mei.
Concurr. von ca 2 1/2 Kilo
sond. mein ff. extr. billig.
5 Kilo
Paket Ia Rauchsch. Mal
Extrakt ff. Bäckge. Schell. u.
Cacheter. ca 100 Ia Sardeller. 1
Dof. 30 marin. Fr. Ger. 1 Dof. Kolm.
u. Bismar. Inf. nur 3 1/2 M. g.
N. E. Degener Fisch-Groß-
Export v. 1881 Schweinm. 54 lib.
80 uca. Salzher. 2 1/2! marinirte 2 1/2
M. ca. 70 Bratkr. 2 1/2 ca 80 ff. Kolm.
2 1/2 ca 140 Rom. Bakt 2 1/2 1/2 Dof.
ff. Bismarther. i. Tomatenfauce 2 1/2

Stahlfedern empf. die Nachhdlg.
Volkstimme.
Verkaufe mein gangbares
Restaurant
unter günstigen Bedingungen. Ueber-
nahme sofort. Zur Uebernahme ge-
hören 2200 Mark. Unterhändlung
sicher. Offerten unter **M. K.**
1872 an die Expedition dieses
Blattes. 2153

Im Zirkus
Heute und folgende Tage, abends 8 Uhr
Pikant! Pikant!
Mädchenhändler
Sittensbild in 5 Aufzügen nach wahren Begebenheiten
von J. J. Girch.
Fast in allen Hauptstädten ist dieses aktuelle Sittensbild mit
großem Erfolg aufgeführt worden!
Zu diesen Vorstellungen haben nur Erwachsene Zutritt.
Preise der Plätze wie bekannt. Vorverkauf im Zirkus und bei
J. A. o. S. S., Ulrichsbogen.
Morgen Mittwoch nachmittag 4 Uhr
Auf allgemeines Verlangen!
Die kleinen Vagabunden.
Erwachsene auf allen Plätzen (außer Loge) 20 Pfennig,
Kinder 10 Pfennig.

Der Simplicissimus
koffet von heute ab
30 Pfennig
worauf wir uns die bescheiden Abonnenten hierdurch aufmerksam machen.
Die letzten erschienenen Nummer enthält
Propheten für das Jahr 1906.
ausg. Volkstimme, Jakobstraße Nr. 49.

Kopfläuse
jed. Ungez. vert. Thelio, Fl. 50 Pf.
Dep. Löwen-Apoth., Altmarkt 22
Klabattmarken u. Klabattmarkenbücher
kauft **J. Korn**, Ritterstr. 15, i. Bod.

Heller Verkaufskeller
auch als Lagerkeller zu vermieten
Moldenstr. 30. 864
Tischlerkrugstr. 13
freundl. Hinterwohnungen, Stube,
Kammer u. Küche u. Zubehör, Preis
162, 160 u. 156 Mk. per 1. April zu
vermieten. Näheres vorn 1 Treppe.

Konsumverein
Gr.-Ottersleben.
Kutscher
sitz sofort gesucht. Meldungen un-
gehend erbeten. 2198
Der Vorstand.
Stadt-Theater.
Mittwoch den 3. Januar 1905
Klein Dorrit.
Sonntag: Breite Volkstheater.

Wilhelm-Theater.
Heute und folgende Tage
Bruder Straubinger.
Walhalla.
Neuer sensationeller
Spielplan!
Mur erstklassige
Spezialitäten!

Wenig gebrauchte Nähmaschinen
zum Preise von 25-60 Mk.
Ihre Nähmaschinen aller Systeme
unter Garantie
in billigster Preislage.
A. Rose, Breiteweg 264
(Scharnhorstplatz).
Letztes seit 1865 betrieb. Geschäft dies. Branche.
Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen
aller Art zu billigen Preisen. 576

Zahn-Atel
Richard Sas
56 Breiteweg
Fernsprecher 4403
Zahlungsgestalt:
Woche 1 Mark, monatl.
(ohne Preisermäßigung)
Strenge Diskretion zug.
Zahnärztlichen Schmer-
Spezialität: Zement-, Po-
Kupfer-, Silber-, Gold-
Zahn-Reinigung, Solide

Luftwartung
Tag Schönebeckerstr. 14.
alerlehrling
Anstigen Bedingungen gesucht
H. Peters, Thale a. S.
Billige Stiefel
r Altes Brücktor 2